

ZUKUNFT

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

**Zugangsbeschränkungen
als soziale Barriere**
Hannah Lutz

**Wirtschaften abseits
reiner Profitlogik**
Heidrun Maier-de Kruijff

**Gutes Leben für alle braucht
eine andere Globalisierung**
Andreas Novy

**Die neuen, alten
Konservativen**
Daniel Lehner

**ALFONS
SCHILLING**
WESTLICHT

EDITORIAL

Die neue SPÖ-Kampagne für die Mittelschicht ist bemerkenswerter, als es auf den ersten Blick scheint – und das nicht nur, weil der Kanzler als Pizzabote ein guter Gag ist. Für die Mittelschicht seien ja alle, wird in sozialen Medien inhaltlich-kritisch angemerkt. Und doch ist es diesmal etwas anders. Denn als Mittelschicht und LeistungsträgerInnen geltend diesmal nicht jene, die in Wahrheit die oberen 100.000 sind, sondern »normale« Menschen. Menschen, die auch nach einem langen Arbeitsleben merken, dass die Grundlage für ihren bescheidenen Wohlstand ein starker Sozialstaat ist. Menschen, die erkennen, dass es gerechter ist, zum Sozialstaat auch die Reichen etwas beitragen zu lassen, als es dem Risiko zu überlassen, wer früher und schwerer krank wird. Nach Wochen der Doskozil-Flüchtlingskinder-Fremdschäm-Festspiele hat sich die SPÖ durchgerungen, in ihren zentralen Themenfeldern aufs Spielfeld zu gehen. Und – was mindestens so bemerkenswert ist: Sie verbrennt nicht Millionen in Inseraten und Plakatflächen, sondern sie nutzt die sozialen Medien, um die eigenen Botschaften zu platzieren.

Das ungeklärte Rätsel bleibt, warum genau der Parteivorsitzende den eigenen Kampagnenstart mit inhaltlich fragwürdigen Einlassungen zu militärisch besetzten Flüchtlingslagern in Nordafrika konterkariert. »Stay on the message!« möchte man zurufen. Und zwar auf der sozialpolitischen!

Am Beginn dieser Ausgabe steht ein Beitrag der **ÖH-Spitzenkandidatin des VSSTÖ Hannah Lutz** zur Frage der **Zugangsbeschränkungen** und wie der VSSTÖ das Finanzierungs- und Orientierungsproblem der Hochschulen lösen will.

Heidrun Maier-de Kruijff greift die in ZUKUNFT 03/2017 ausführlich behandelten Thesen Wolfgang Streecks zur Krise des Kapitalismus auf und skizziert, wie die **gemeinwohlori-**

enterte Wirtschaft zur Stärkung des »sozialen Kitts« unserer Gesellschaft beitragen kann.

Diese Überlegungen werden im Beitrag von **Andreas Novy** weiter vertieft: Er plädiert für einen Bruch mit den gegenwärtigen Formen zu arbeiten und zu leben aus und entwirft fünf Thesen für eine am **Gemeinwohl und an Nachhaltigkeit orientierte Alternative**.

Armin Puller bespricht das im Vorjahr mit dem Bruno-Kreisky-Preis ausgezeichnete Buch **Axel Honneths »Die Idee des Sozialismus«**, die er als spannenden Impuls für eine Diskussion eines neuen politischen und gesellschaftlichen Projekts der Sozialdemokratie charakterisiert.

Das **Verschimmen konservativer und rechtspopulistischer Politikstrategien** und -inhalte analysiert **Daniel Lehner** am Beispiel der Politik von Reinhold Lopatka, Sebastian Kurz und Wolfgang Sobotka und skizziert dabei überzeugend, wie die Sozialdemokratie damit umgehen muss.

Ludwig Dvořák zeichnet die unerfreulichen Ausgangsbedingungen der britischen **Labour Party** für die **vorgezogenen Parlamentswahlen** am 8. Juni nach.

Nach den **Buchtipps** argumentieren **Markus Marterbauer und Martin Schürz** schließlich, warum es die Bereitschaft braucht, mit den **Vermögensebenen** in einen **Konflikt** einzutreten, um ein gerechteres Steuer- und Sozialsystem durchzusetzen.

Wir wünschen gute Unterhaltung beim Lesen und Schauen!

LUDWIG DVOŘÁK
Gf. Chefredakteur

Inhalt



Alfons Schilling, 1986
Hologramm, holografiert von Ana Maria Nicholson
© Nachlass Alfons Schilling

- 6 Zugangsbeschränkungen
als soziale Barriere**
VON HANNAH LUTZ

- 10 Wirtschaften abseits reiner Profitlogik**
VON HEIDRUN MAIER-DE KRUIJFF

- 14 Gutes Leben für alle braucht
eine andere Globalisierung**
VON ANDREAS NOVY

- 20 Ein durchaus noch lebendiger Funke**
VON ARMIN PULLER

- 28 Die neuen, alten Konservativen**
VON DANIEL LEHNER

- 34 Neuwahlen nach Maß**
VON LUDWIG DVOŘÁK

- 40 Buchtipps**
Sachliches & Belletristisches

- 42 Keine Erbschaftssteuer ohne Konflikt
mit den unsolidarischen Multimillionären**
SCHLUSSWORT VON MARKUS MARTERBAUER
UND MARTIN SCHÜRZ

Zugangsbeschränkungen als soziale Barriere

Studieren ist härter geworden. Ein wachsender Konkurrenzdruck, strengere Regelungen bei der Mindeststudienzeit und drohende Studiengebühren, sollten diese nicht eingehalten werden, haben den Studienalltag auf den Kopf gestellt. Die Spitzenkandidatin des VSSTÖ bei den ÖH-Wahlen, Hannah Lutz, argumentiert, weshalb Zugangsbeschränkungen keine Probleme lösen, dafür aber zusätzliche soziale Hürden errichten und schlägt Alternativen vor.

Seit Jahren steigt die Zahl der Studierenden in Österreich, doch noch immer bleibt die Abschlussquote überschaubar. Doch eigentlich bräuchte Österreich mehr Akademiker_innen, denn noch immer reiht sich Österreich im internationalen Vergleich in den hinteren Rängen ein, was die Zahl der Akademiker_innen betrifft. Neben den steigenden Studierendenzahlen haben die österreichischen Hochschulen auch damit zu kämpfen, dass sich einige Massenstudienrichtungen herausgebildet haben, in denen sich eine Vielzahl an Studierenden sammeln.

KNOCK-OUT ANSTATT ECHTER ORIENTIERUNG

Durch die Einführung der STEOP, einer Phase, die den Titel Orientierung trägt, jedoch ausschließlich zu einer Verringerung der Studierendenzahlen führt, hat sich diese Situation keineswegs verbessert. Die titulierte Orientierung bleibt auf der Strecke, denn nicht für das weitere Studium relevante Materie, die einen Einblick in das weitere Studium gibt wird gelehrt, sondern es wird darauf geachtet, die Zahl der Studierenden zu verringern.

Anstatt auf eine hochwertige Orientierung und Information von Studierenden zu setzen heißt die Devise nun Studienplatzfinanzierung und damit einhergehende Zugangsbeschränkungen, die eine Wende in der Hochschulpolitik darstellen sollen.

Der Plan, pro Student_in eine gewisse Summe festzulegen, die qualitative Lehre sowie auch ein gutes Betreuungsverhältnis gewährleistet, ist zwar grundsätzlich keine blöde Idee und an und für sich kein schlechtes Finanzierungsmodell. Jedoch wird der Fehler beim Weiterdenken des Modells begangen, bei dem sich die Studierendenzahlen an der zur

Verfügung gestellten Finanzmittel orientieren. Sprich die Anzahl der Studierenden wird anhand des vorhandenen Budgets berechnet und nicht etwa umgekehrt. Damit ist klar, dass in Zukunft alle Studienrichtungen, bei denen es mehr Bewerber_innen als durch die Studienplatzfinanzierung veranschlagte Plätze gibt, mit Zugangsbeschränkungen in Form von Eingangstests versehen werden.

ZUGANGSBESCHRÄNKUNGEN SIND GIFT FÜR DIE SOZIALE DURCHMISCHUNG

Diese neuen Regelungen stehen in einem großen Widerspruch zu einem der leitenden Grundsätze der Universitäten, wie sie in § 2 des UG genannt sind: Die soziale Chancengleichheit. Auch das UG hat sich formal als Ziel gesetzt, für einen offenen und breiten Hochschulzugang über alle Klassengrenzen hinweg zu sorgen. Das Bild an den Universitäten sieht momentan aber ganz anders aus. Aktuell sind Kinder, deren Eltern einen akademischen Abschluss haben, noch immer deutlich überrepräsentiert. Von sozialer Chancengleichheit ist hier nicht viel zu spüren, denn die soziale Herkunft bestimmt immer noch den Zugang zu Bildung. Als drastisches Beispiel hierfür kann das Medizinstudium – das erste Studium, das in Österreich begrenzt wurde – herangezogen werden. Hier ist die soziale Durchmischung so schlecht wie sonst kaum. Im Jahr der Einführung von Zugangsbeschränkungen ist der Anteil all jener, deren Eltern keinen akademischen Abschluss haben, um über 10% gesunken. Hatten vor der Einführung von Zugangsbeschränkungen im Jahre 2005 40% der Studierenden Eltern mit einem akademischen Abschluss, waren es im Folgejahr 54% und diese Situation hat sich auch bis heute nicht verbessert.

Diese Entwicklungen wurden im Jahr 2014 auch von der Arbeiterkammer Wien bestätigt, die in einer Studie festgestellt

hat, dass Zugangsbeschränkungen zu einer Verfestigung von nicht-egalitären Strukturen führen. Studienanfänger_innen in Österreich, die zumindest einen Elternteil mit Matura oder einem höheren Abschluss haben, nehmen dreimal so häufig ein Studium auf wie Studienanfänger_innen, deren Eltern keine Matura gemacht haben. Bildung in Österreich wird also nach wie vor über den soziokulturellen Status vererbt. Diese Diskrepanz zwischen Studierenden aus Arbeiter_innenfamilien und Akademiker_innenhaushalten verstärkt sich nur umso mehr, wenn sozial selektive Hürden wie Zugangsbeschränkungen eingeführt werden – was durch das vorher erwähnte Beispiel des Medizinstudiums deutlich zu Tage tritt.

VORBEREITUNGS- UND PRÜFUNGSINDUSTRIE

Eine weitere besorgniserregende Entwicklung, die wir gerade beobachten, ist eine neu entstehende Vorbereitungs- und Prüfungsindustrie, rund um beschränkte Studienrichtungen. Laut einer Studie des Wissenschaftsministeriums ist seit 2009 ein deutlicher Anstieg der Vorbereitungskosten zu sehen. Den höchsten Aufwand bestritten mit größtem Abstand die Medizinstudierenden. Hier investierte über ein Drittel mehr als 500 Euro in die Vorbereitung auf das Zulassungsverfahren. Anmeldegebühren und Kosten für Vorbereitungsmaterialien sind finanzielle Hürden und ein abschreckendes Signal für Personen aus sozial schlechter gestellten Schichten. Aufnahmetests führen darüber hinaus dazu, dass ein großer Druck auf junge Menschen bzw. deren Eltern entsteht, mithilfe kostspieliger Lernangebote die Chancen bei Uni-Aufnahmeprüfungen zu erhöhen. Profitieren können jedenfalls die Kursanbieter_innen und all jene, die sich diese »Nachhilfe« auch leisten können.

Vermehrte Zugangsbeschränkungen werden also wie dargestellt zu noch schwierigeren Bedingungen für Studienwerber_innen, deren Eltern keinen akademischen Abschluss haben führen. Das ist ein Umstand mit dem wir uns als vsstÖ nicht zufriedengeben werden, weswegen wir unsere eigenen Ideen und Konzepte ausgearbeitet haben, mit denen wir die Probleme im Hochschulsektor angehen wollen!

WIR FORDERN ECHTE ORIENTIERUNG!

Eines steht für uns fest: Nur eine informierte Entscheidung kann die richtige sein und garantieren, dass nicht eine Vielzahl der Studierenden sich auf ein paar wenige Studienrichtungen konzentrieren. Eine Alternative zur STEOP muss her, eine Alternative, die auch wirklich den Namen Orientierungsphase verdient. Wir haben ein eigenes Modell entwickelt, das eine

wirklich informierte Entscheidung erlaubt und auch einen echten Einblick in die verschiedensten Studiengänge gibt. Inskribiert wird auf einer bundesweiten Plattform und belegt werden drei verschiedene Einführungslehrveranstaltungen aus drei verschiedenen Studienrichtungen, kombiniert mit einer Einführung ins wissenschaftliche Arbeiten. Am Ende des ersten Semesters können die Studierenden dann entscheiden, welches Studium sie fortführen wollen und können sich die restlichen Lehrveranstaltungen als Wahlfächer anrechnen lassen. So kann garantiert werden, dass eine informierte Entscheidung getroffen wird und Studierende auch einen Einblick in verschiedenste Materien bekommen.

HOCHSCHULEN, WILLKOMMEN IM 21. JAHRHUNDERT!

Unsere Hochschulen sind noch nicht alle im 21. Jahrhundert angekommen, soviel ist klar. Die Digitalisierung bringt auch für die Bildungspolitik viele neue Möglichkeiten, die bis dato aber noch nicht breit genug genutzt werden. Durch das breite Teilen von Lehr- und Lernunterlagen sowie ein vermehrtes Streamen von Lehrveranstaltungen, kann nicht nur das eine oder andere Platzproblem gelöst werden, sondern das an Hochschulen gelehrt gesellschaftliche Wissen kann auf eine ganz neue Weise geteilt werden. Bieten wir Studierenden die Möglichkeit, sich ihre Vorlesungen zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal ansehen zu können, steigert dies auch einen positiven Lernerfolg, den wir uns alle wünschen. Es ist nicht einzusehen, warum wir noch immer auf geschlossenen Plattformen arbeiten und mit Informationen geizen, während ein solidarischer Austausch möglich wäre. Durch das zur Verfügung stellen von Online-Einführungslehrveranstaltungen können wir zukünftigen Studierenden auch schon vor dem Studienbeginn eine bessere Aufklärung bieten und so eine informierte Entscheidung fördern.

Es gibt an den österreichischen Hochschulen noch viel zu tun, da sind sich alle einig. Mit dem richtigen politischen Willen und einigen innovativen Ideen können wir gemeinsam unsere Hochschulen verändern und sie so gestalten, dass auch wirklich allen Studierenden gute Studienbedingungen geboten werden können, ohne dafür andere von einem Hochschulstudium auszuschließen!

HANNAH LUTZ

ist Spitzenkandidatin des Verbands Sozialistischer Student_innen bei den öH-Wahlen vom 16.-18. Mai 2017. Sie studiert Rechtswissenschaften in Wien.



Alfons Schilling

Standfoto aus dem Film 9XL – Es war einmal, 1965
35mm, sw, Ton, 13 Min., © Nachlass Alfons Schilling



ALFONS SCHILLING

WESTLICHT

Das Fotomuseum WestLicht zeigt erstmals in einer Überblicksausstellung die fotografischen Arbeiten des Wahlwieners Alfons Schilling (1934 – 2013), eine der faszinierendsten Positionen der jüngerenösterreichischen Kunstgeschichte. Sein Werk verweigert sich beharrlich allen einfachen Kategorisierungen, seine rebellische Neugier sprengte die Grenzen einzelner Gattungen und Strömungen.

Als Student an der Akademie für angewandte Kunst gehörte er Ende der Fünfzigerjahre mit Günter Brus zu den Wegbereitern des Wiener Aktionismus, ging aber bald ästhetisch wie geografisch eigene Wege.

Der rastlose Forschergeist, der ihn nach New York zog, prägt auch seine fotografischen Arbeiten. Sie treiben das Medium weit über die Grenzen der klassischen Fotografie hinaus und erscheinen als missing link zwischen den Bewegungsstudien eines Eadweard Muybridge aus dem 19. Jahrhundert und gegenwärtigen Formen des Cyberspace.

Die Kippbilder seiner Linsenrasterfotografien, die erst durch die BetrachterInnen aktiviert werden, dynamisieren den Blick und verschmelzen mehrere Aufnahmen in einem Bild. Hologramme und Stereofotografien, in der Ausstellung durch entsprechende Sichtgeräte erfahrbar, öffnen die Bildoberfläche zu einem virtuellen Raum. Wer heute mithead-mounted Displays 3-D-Welten bereist, wandelt auf Pfaden, die Schilling schon in den Siebzigerjahren beschritten hat. Die Ausstellung legt den Fokus erstmals auf die erweiterte Fotografie des Visionärs und zeigt sie im Kontext ausgewählter Sehmaschinen, Malerei und filmischer Experimente. Thema seines bahnbrechenden Schaffens ist eine Kritik der Wahrnehmung, die Entfesselung des Sehens selbst: »It's not what's on the picture – it's what is behind it.«

Galerie Westlicht
Westbahnstraße 40
1070 Wien
www.westlicht.com

Wirtschaften abseits reiner Profitlogik

Heidrun Maier-de Kruijff knüpft an die in ZUKUNFT 03/2017 zusammengefassten düsteren Thesen Wolfgang Streecks an und plädiert dafür, den fehlenden sozialen Kitt in unserer Gesellschaft in einer Ausweitung des gemeinwohlorientierten Wirtschaftssektors zu stärken.

Der Aufstieg des Populismus hat in jüngster Zeit die Grundfesten der politischen Systeme der »westlichen Welt« erschüttert. Sei es das Brexit-Referendum, die Wahl von Donald Trump zum Präsidenten der USA oder der scheinbar unaufhaltsame Aufstieg rechtspopulistischer Bewegungen quer durch Europa.

Man kann sich daher des Eindrucks nicht erwehren, dass die Entkopplung der Bevölkerung von ihren politischen und öffentlichen Institutionen eine neue Qualität erreicht hat. So haben Intensität, Polarisierung und Schärfe politischer Debatten merklich zugenommen. Der übergreifende gesellschaftliche Konsens zu wesentlichen Grundprinzipien eines rechtsstaatlich und freiheitlich ausgerichteten Gemeinwesens hat sich deutlich verschoben. Beispiele dafür sind leicht zu finden: die Zunahme an rechts-, wie linksextremistischen Gewalttaten, die neue Dimension an rassistischen und hetzerischen Debattenbeiträgen in sozialen Medien, der ungebrochene Zustrom zu nationalistischen politischen Gruppierungen. Gleichzeitig manifestiert sich der polarisierende Bruch nicht entlang klassischer parteipolitischer Linien, sondern entlang von Bildungs- und Erwerbsbiographien.

Das kollektive Grübeln in den machtpolitischen Entscheidungszentren über die Hintergründe dieser Entfremdung von ansehnlichen Teilen des Elektorats hat bisher zu keiner klaren Neujustierung geführt. Stattdessen ist eher eine lähmende Desorientierung zu spüren, in Folge derer europaweit in erster Linie eine schleichende Anpassung an vormalig nicht salonfähige populistische Positionen zu beobachten ist. Wobei Österreich in dieser Hinsicht nach jahrzehntelanger Diskursdominanz der FPÖ, ohnehin eine Art Avantgarde-Rolle inne hat.

DER WIRTSCHAFTSPOLITISCHE KERN DES POPULISMUS

Warum also diese länderübergreifende Hinwendung zu populistischen Abenteurern? Zweifellos eine vielschichtige Frage, da je nach regionalem und kulturellem Hintergrund unterschiedliche Kräfte zum Tragen kommen. Dennoch, ein gesellschaftliches Phänomen das nicht an nationalen Grenzen halt macht, verfügt zweifellos über einen gemeinsamen Hintergrund. Ohne eine derartige Klammer könnte daraus keine länderübergreifende Wirkung entstehen. Und was liegt in dieser Betrachtungsweise näher als das grenzüberschreitende Element schlechthin zu betrachten: das ökonomische Regime.

Mit Blick auf die reale Wirtschaftsentwicklung seit der Finanz- und Wirtschaftskrise sehen viele komplizierte Begründungen für den Aufstieg des Populismus gar nicht mehr so verwirrend aus. Die Reaktionen auf die Verwerfungen des Jahres 2007 haben bis heute zu einer weiteren Verschärfung sozialer Gegensätze in Europa geführt: Beispiele sind hohe Jugendarbeitslosigkeit, prekäre Beschäftigungsverhältnisse oder ein weiteres Öffnen der Schere zwischen Arm und Reich. Nicht nur im Süden Europas ist dies zu beobachten. In Verbindung mit dem rasanten technologischen Wandel trägt das Potenzial zu einer breiten gesellschaftlichen Verunsicherung in sich, die eine Hinwendung zu »einfachen Antworten« auf schwierige Fragen nachvollziehbar macht. Es scheint also durchaus angebracht den »Populismus« als Konsequenz anhaltenden wirtschaftspolitischen »Un-Populismus« zu sehen.

DAS ENDE DER SOZIALSTAATLICHEN BIEGSAMKEIT?

Man muss nicht notwendigerweise den äußerst düsteren Zu-

kunftsprognosen des deutschen Sozialwissenschaftler Wolfgang Streeck folgen, um die Kausalkette seiner Analyse zu teilen. Demnach ist das Wandlungspotenzial der demokratisch und sozial legitimierten Marktwirtschaft an seine Grenzen gekommen. Aus dieser Perspektive steht das politische Durcheinander der jüngsten Zeit im Zusammenhang mit der permanenten Überforderung des wohlfahrtsstaatlichen Nachkriegskompromisses. Nach Jahrzehnten schrittweiser Liberalisierungen, inneren wie äußeren Marktöffnungen, Privatisierungen und der Transformation des »Welfare« zum »Workfare-State«, scheint das Arsenal der Möglichkeiten der Staaten zum Ausgleichen der Unwucht zwischen Wirtschaft und Gesellschaft erschöpft.

Seit den 1970er-Jahren verfolgten die europäischen Nationalstaaten immer neue Strategien, um den krisenhaften Konsequenzen des Wirtschaftsimperativs entgegenzuwirken. Angefangen von der Einführung expansiver geldpolitischer Maßnahmen, über die Inkaufnahme exzessiver öffentlicher Verschuldung, bis hin zur Notwendigkeit diese wiederum durch Privatverschuldung zu konsolidieren. Jeder dieser Schritte verschaffte kurzfristig Linderung, war aber nicht hinreichend, um die zugrunde liegenden strukturellen Risse zu bewältigen. So ging das aus Sicht von Streeck das Ende der Inflation mit einer Schwächung der Gewerkschaften und dem Heraufziehen der strukturellen Dauerarbeitslosigkeit einher. Die Konsolidierung der Staatsfinanzen führte wiederum zu tiefen Einschnitten in die vormals klar verankerten sozialen Bürgerrechte (Nachzulesen in Wolfgang Streecks Buch: »Gekaufte Zeit: Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus« bzw. in ZUKUNFT 03/2017).

Diese jahrzehntelangen Verwerfungen spiegeln sich aber nicht nur in strukturellen Indikatoren wie einem vergleichsweise schwachen Wirtschafts- und Produktivitätswachstum, mangelnder Durchlässigkeit des Bildungssystems oder der Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse wider. Vielmehr leiten sich daraus auch Herausforderungen für die höchst persönlicher Gestaltung und Meisterung des Lebens für jeden Einzelnen ab. Zum Beispiel sind viele junge Menschen mit einer äußerst paradoxen Situation konfrontiert, die den scheinbar grenzenlosen Möglichkeiten zur freien Entfaltung in einer globalisierten Welt, ein hohes Maß an persönlicher Unsicherheit entgegenstellt. Wenn daraus individuelle Überforderung in Massen resultiert, gerät auch die

Deutungshoheit sozialer und politischer Gewissheiten ins Wanken.

AUF DER SUCHE NACH SOZIALEM KITT

Angesichts dieser durchaus spannungsgeladenen Ausgangslage ist die Suche nach alternativen Formen des Wirtschaftens ein wichtiger Ansatzpunkt um den verloren gehenden sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaften wiederherzustellen.

Der alte Begriff des »dritten Sektors« nimmt in diesem Zusammenhang eine besondere Rolle ein. Gemeint sind damit all jene Organisationen, die gesellschaftlich relevante Dienstleistungen oder Produkte in dem diffusen Raum zwischen Staat und Privat wahrnehmen. Angesichts der oben skizzierten Herausforderungen, ist die damit häufig einhergehende Form des Wirtschaftens abseits bloßen Profitinteresses vielversprechend, um die Grundvoraussetzungen zur Schaffung »sozialen Kitts« herzustellen. Dabei geht es vor allem um jene möglichen sozialen aber auch wirtschaftlichen Mehrwerte, die aufgrund einer (zumindest partiellen) Orientierung an den Interessen der beteiligten Personen und Stakeholder entstehen können. Im Vordergrund stehen Formen des Wirtschaftens, die erfolgreich Kooperation zwischen den beteiligten Akteuren forcieren und folglich deren »Gemeinwohl« über das schlichte Zusammenwirken von Angebot und Nachfrage stellen.

Leider wurde gerade der Begriff »Gemeinwohl« in der Vergangenheit oft missbraucht, um legitime Ausdrucksformen von Selbstbestimmung und Freiheit zu unterdrücken bzw. die Durchsetzung von partikularen Interessen zu verschleiern. Insofern muss mit dem Begriff vorsichtig umgegangen werden. Dennoch ändert dies nichts daran, dass die Anfälligkeit unserer Demokratien für populistische Abenteuer auch dadurch gespeist wird, dass derzeit nicht absehbar ist, welche gesellschaftlichen Institutionen die Rolle der an Bedeutung verlierenden sozialen Akteure (Gewerkschaften, Parteien etc.) einnehmen sollen. Gemeinwohl ist in diesem Sinne kein Selbstzweck – sondern notwendige Grundbedingungen für die Möglichkeit zur freien Entfaltung. Interessanterweise liegt hier eine Schnittstelle zur katholischen Soziallehre, die darin den »(...) Zustand eines gesellschaftlichen Gebildes oder Gemeinwesens [erblickt], kraft dessen es imstande ist, seinen Gliedern zu helfen, zu erleichtern, oder überhaupt zu ermöglichen, durch ihre eigenen Anstrengungen das, was sie erstre-


ben [...] oder ein von ihnen gemeinsam erstrebtes Ziel, zu erreichen« (Oswald von Nell-Breuning).

SOZIALE INNOVATION DURCH GEMEINWOHLORIENTIERTES WIRTSCHAFTEN

Ein wesentlicher Mehrwert eines Wirtschaftens abseits reinen Profitstrebens liegt im Potenzial zur kreativen Entwicklung sozialer Innovationen. Ein entscheidender Faktor im Vergleich zu rein privat-unternehmerischem und auch zu bürokratisch-staatlichem Handeln. Gemeint ist damit natürlich nicht in erster Linie von Entwicklung von Produkten oder Prozessen, die sich gut »am Markt« verkaufen lassen (auch wenn dies nicht ausgeschlossen ist). Stattdessen zeichnen sich diese Gemeinwohlorientierung durch soziale und partizipative Elemente aus, die auf die »Ownership« der beteiligten Akteure setzt. Aufgrund der großen Vielfalt an kooperativ oder gemeinwirtschaftlich orientierten Organisationen, die zudem über stark regional geprägte Spezifika verfügen, ist es sehr schwierig das Feld der gemeinwohlorientierten Wirtschaftens klar zu umreißen. Beispielsweise ist die italienische Tradition lokal eingebetteter Produktionskooperativen nur äußerst schwer mit korporatistisch geprägten Akteuren der freien Wohlfahrtspflege in Deutschland oder Österreich vergleichbar.

Idealtypisch können dennoch entscheidende Charakteristika nachgezeichnet werden. Beginnend mit einem sozial motivierten Auftrag, der durch die wirtschaftliche Aktivität in eine konkrete Tätigkeit übersetzt wird. Damit wird ein Ziel verfolgt, das sich häufig aus einem geteilten, gemeinsamen Anliegen oder Bedürfnis einer (zivil)gesellschaftlichen Gruppe speist. Dementsprechend ist die Initiative zum Aufbau der Organisation eng mit dem Engagement dieser (Personen-) Gruppe verknüpft. Dies spiegelt sich idealtypisch auch in einer partizipativen Ausrichtung der Prozesse wider, in denen Mitgliedern oder Stakeholdern nicht bloß eine Rolle als ausführende Organe zugestanden wird. Stattdessen ist die Möglichkeit zur Teilnahme am Willensbildungsprozess von enormer Bedeutung. Die von der Aktivität betroffenen Personen und Gruppen sind so weit als möglich in die dafür notwendigen Entscheidungen und Prozesse eingebunden. Darüber hinaus bestehen Regelungen, um die Abgrenzung zwischen Profitstreben und Erfüllung der übergeordneten Zielsetzungen in Einklang zu bringen.

Natürlich sind derart kooperative und partizipative Strukturen häufig an überschaubare, lokale Zusammenhänge geknüpft. Doch genau daraus kann die Gemeinwohlorien-

tierung eine nachhaltige Bedeutung gewinnen. Durch die Einbettung demokratischer und partizipativer Zusammenarbeitsformen im Kontext ökonomischer Tätigkeiten, können innovative Ideen und integrative Anknüpfungspunkte abseits des bestehenden Mainstreams Wirkung entfalten. In Ermangelung einer wirtschaftspolitischen Ausrichtung, die den Ungleichgewichten zwischen Demokratie und Wirtschaft strukturell Rechnung trägt, sind kleine, überschaubare Ansätze wichtige Elemente um Pluralismus zur Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen anzuregen. 

HEIDRUN MAIER-DE KRUIJFF

ist Generalsekretärin des Verband der öffentlichen
Wirtschaft und Gemeinwirtschaft Österreichs.



Alfons Schilling mit Sehmaschine Kleines Rad,
New York 1978, Silbergelatineabzug, Foto von Janice Everett
© Nachlass Alfons Schilling

Gutes Leben für alle braucht eine andere Globalisierung

Die große Krise von Wirtschaft, Ökologie und politischer Repräsentation ist die zentrale Herausforderung der Gegenwart. Ihre Lösung wird häufig nur unter dem Gesichtspunkt von Verschlechterungen diskutiert, obwohl die Linke vielmehr Möglichkeiten für ein ökologisches und solidarisches Zivilisationsmodell, in dem ein gutes Leben für alle möglich ist, ins Feld führen müsste. In der nachfolgend dokumentierten Eröffnungsrede zum »Gutes Leben für alle«-Kongress an der Wiener Wirtschaftsuniversität spricht sich Andreas Novy für einen Bruch mit den gegenwärtigen Formen zu arbeiten und zu leben aus und entwirft fünf Thesen für eine am Gemeinwohl und an Nachhaltigkeit orientierte Alternative.

Als wir 2015 den ersten »Gutes Leben für alle«-Kongress ausrichteten, fand dieser vor dem Hintergrund eines sich verschärfenden Widerspruchs zwischen Ökologie und Ökonomie statt und thematisierte vor allem die Wachstumskritik. Im Vordergrund stand, neu zu definieren, worum es bei einem guten, einem gegliückten Leben geht – weniger konsum-, mehr beziehungsorientiert, mit Zeitwohlstand, Lebensqualität und sozialer Sicherheit. Wir interessierten uns vor allem für die Avantgarde, die PionierInnen des Wandels, die, die es schon heute anders machen – Energie sparen, Ressourcen sorgsam nutzen, gemeinsam anpacken. Von diesen Initiativen von unten gibt es viel zu lernen. 2015 gab es sogar eine eigene Initiativenmesse, bei der sich 65 Projekte vorstellten – und die vielen von der Mutmacherei organisierten Exkursionen geben auch diesmal wieder einen Einblick in die Kreativität von unten. Aber gleichzeitig ist klar: Es reicht nicht, wenn sich Initiativen wie Magdas Hotel, RUSZ oder die Bank für Gemeinwohl in Nischen einrichten. Das Problem ist nämlich ein systemisches.

Unser Wirtschaftssystem ist nicht nachhaltig. Es basiert darauf, dass nur ein kleiner Teil der Weltbevölkerung den ressourcenverschlingenden westlichen Lebensstil praktiziert, und dass wir die Rechnung ohne zukünftige Generationen machen. Tatsache ist: Der kleinere Teil der Weltbevölkerung ist reich, lebt gut und ökologisch nicht-nachhaltig; der größere Teil ist arm, lebt nicht so gut, dafür aber ökologisch nachhaltig.

Das thematisiert ein grundlegendes Dilemma: Bislang waren Zivilisationen immer Gesellschaften, in denen einige auf Kosten vieler gut leben konnten: Die Leistungen eines Aristokrat-

teles – inklusive seiner Schriften zum guten Leben – verdanken sich auch den Frauen, SklavInnen und Fremden, die ihm die nötige Muße ermöglichten. Und auch viele Bequemlichkeiten unseres Lebens verdanken sich internationalen Ausbeutungsstrukturen – sei es bei Handys, Textilien oder dem Zugang zu Öl und Gas.

Heute, 2017, erscheinen – zumindest wenn wir uns an Berichterstattung, Wahlkampfthemen, öffentlicher Aufmerksamkeit orientieren – ökologische Sorgen zweitrangig. Die Rahmenbedingungen, unter denen der zweite Kongress stattfindet, sind geprägt von Krieg in Europas Nachbarschaft, Flüchtlingen, Brexit und Trump. Ökologie und Klima sind – nur unterbrochen durch Berichte über Wetterextreme – wieder aus den Schlagzeilen verschwunden. Die soziale Frage und vermeintliche Kulturkämpfe sind zurück auf der Agenda.

Tatsächlich aber bewahrheitet sich eine Kernthese der Umweltforschung: Weiter so wie bisher ist keine Option. Veränderung kommt entweder chaotisch oder es gelingt, die sozialökologische Transformation friedlich zu gestalten. Flucht und Krieg sind die wahrnehmbaren Symptome von Chaos, Klimawandel und wirtschaftliche Verwerfungen die bedrohliche Hintergrundmusik, die daran erinnert, dass die eigene, als selbstverständlich angesehene Lebensweise gefährdet ist. Alles, vom Schifahren zu Weihnachten bis zu den Zukunftschancen der Kinder, aber selbst Friede und Rechtsstaat in Europa erscheinen nicht länger als Selbstverständlichkeiten. Es könnte, so die sich rasant verbreitende Erkenntnis, auch ganz anders – und zwar schlechter – werden. Katastrophismus macht sich breit. Doch angesichts der Angriffe auf zivilisatorische Errun-

gesellschaften braucht es mehr als Abwehrkämpfe, mehr als nur jeweils das Schlimmste zu verhindern.

Im Zuge der Vorbereitung, auch als Ergebnis von vielen Gesprächen mit den KooperationspartnerInnen, die diesen Kongress möglich gemacht haben, haben Alexandra Strickner und ich fünf Thesen erarbeitet, die ich im Folgenden ausführen möchte.

These 1: Gesellschaften brauchen Utopien, die Orientierung geben und Potentiale nutzen

Ein Blick in die Geschichte lehrt: Menschenrechte, Frauenrechte, die Abschaffung der Sklaverei oder der Sozialstaat – am Anfang waren all dies Utopien, die als unrealistisch, als Schwärmerei abgetan wurden. Doch sie gaben Orientierung und mobilisierten. Die Mütter vom Plaza Mayo in Argentinien, Martin Luther King, Rosa Jochmann und Nelson Mandela. Bis heute werden über sie Geschichten erzählt, die Hoffnung geben und den Möglichkeitssinn stärken. Das Bestehende, das, was ist, ist nicht das einzig mögliche. Es könnte auch anders sein.

Und um etwas anderes, potentiell Verwirklichtbares anstreben zu können, braucht es Ziele, Visionen, für die es sich lohnt, Zeit, Hirnschmalz, Energie, Engagement zu investieren. Es braucht eine Idee, in welche Richtung Alternativen zu suchen sind.

Bei seiner Amtseinführung sagte Alexander van der Bellen: »Wesentlich scheint mir, dass die Politik es schafft, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, damit möglichst viele, eigentlich alle Menschen die Möglichkeit haben, ein für sie geglücktes Leben [...] zu führen.« Den Worten des Bundespräsidenten folgend stehen wir vor einer Herausforderung: Ist es möglich, unsere Errungenschaften in Europa – Rechtsstaat, Menschenrechte, materieller Wohlstand und soziale Sicherheit – zu bewahren und gleichzeitig für möglichst alle Menschen die Voraussetzungen zu schaffen, dass sie gut leben können – heute und in Zukunft? Das führt zu These 2.

These 2: Gutes Leben für alle ist die konkrete Utopie einer Zivilisation, die nicht auf Kosten anderer lebt

Das gute Leben für alle führt zu einem ökologischen Imperativ: »Lebe so, dass dein Lebensstil verallgemeinerbar sein könnte.« Ein Beispiel: In Städten der kurzen Wege, mit Begrenzungszonen, Radfahren, öffentlichen Verkehrsmitteln,

Nahversorgung und Naherholung könnten sieben Milliarden Menschen leben. Dreieinhalb Milliarden Autos weltweit, die die Mobilitätsbedürfnisse eines durchschnittlichen Österreicher globalisieren, führen in den ökologischen Kollaps. In diesem Sinne gibt das gute Leben für alle Orientierung für eine Lern- und Suchbewegung, die das eigene gelungene Leben mit den Möglichkeiten aller Menschen, auch zukünftiger Generationen vereinbar macht. Es ist also kein Brief ans Christkind, sondern eine konkrete Utopie, die auf den Werten der Aufklärung und der Französischen Revolution beruht: Vernunft, Freiheit, Gleichheit und Solidarität – ein Gemeinwesen für alle, eine Zivilisation, in der nicht einige auf Kosten anderer leben. Das wäre, halten wir fest, historisch etwas gänzlich Neues angesichts der Kopplung von Zivilisationen an Klassengesellschaften, Kolonialismus und Imperialismus. Aber es ist nicht weltfremd.

Denn diese Utopie baut auf Erfahrungen, sie schließt an an die Bewegung für Rechts- und Sozialstaat; an den Kampf um Menschenrechte und für die Ächtung von Krieg. Die Utopie vom guten Leben für alle basiert auf der Republikgründung 1918, dem Roten Wien der Zwischenkriegszeit, dem kulturellen Aufbruch nach 1968 und dem ökologischen Bewusstsein der letzten Jahrzehnte. Es ist also eine Utopie, die eine Geschichte hat. Wissend, woher wir kommen, ermöglicht sie den Blick in eine bessere Zukunft, die Antworten findet auf eine zentrale Frage: Wie müssen wir in Österreich Leben und Arbeiten gestalten, sodass sieben Milliarden Menschen ebenfalls gut leben können, mit ähnlichem ökologischen Fußabdruck und Ressourcenverbrauch? Keine leichte Frage. Fest steht, dass dies zu Auseinandersetzungen mit widerstreitenden Wünschen und Interessen führen wird. Die Geschichte lehrt: Diejenigen, die ein gutes Leben auch auf Kosten anderer verwirklichen wollen, verteidigen ihre Privilegien oftmals mit allen Mitteln. Das führt zur dritten These.

These 3: Freiheit für alle braucht Grenzen, die demokratisch verhandelt werden

Die aktuelle Hyperglobalisierung basiert auf entgrenzten Märkten, die Wettbewerb, Beschleunigung und Ressourcenübernutzung immer weiter vorantreiben. In der Spirale von Mehr und Schneller bleiben demokratisches Nachdenken, sozialer Zusammenhalt und Nachhaltigkeit auf der Strecke. Der aktuelle empirische Befund, der mittlerweile auch von OECD und Währungsfonds geteilt wird, ist besorgniserregend. Sowohl Thomas Piketty als auch Branko Milanovic weisen auf

die Gefahr hin, dass die zweite Globalisierung des 21. Jahrhunderts zu den Klassenstrukturen des 19. Jahrhunderts zurückzukehren droht. Das 19. Jahrhundert, erinnern wir uns, war das Jahrhundert von Raubtierkapitalismus, Kolonialismus und Imperialismus. Heute verfestigt sich Ungleichheit erneut; Aufstiegschancen von Unterschichtskindern schwinden; Abstiegssängste der Mittelschicht steigen.

Die Freiheit der einen endet, wo die Freiheit anderer eingeschränkt wird. Das gilt umso mehr in einer endlichen Welt, mit beschränkten Ressourcen. Historisch wurden Verteilungskämpfe gelöst, indem selektiert wurde, indem einige privilegiert, viele aber unter prekären Bedingungen leben mussten. Selbst die Ringstraße, Wiens Pracht-Boulevard, verdankt seine Schönheit den elendigen Bedingungen, unter denen, wenige Kilometer entfernt am Wienerberg, die damaligen MigrantInnen, die Ziegel-Bem, die ArbeiterInnen aus Tschechien, Ziegel für die Prachtbauten herstellten. Pracht und Schönheit einerseits, Elend andererseits. Es bedurfte der Arbeiterbewegung, aus eben diesen MigrantInnen, den Novys, Prohaskas und Pospisils BürgerInnen dieser Stadt zu machen. Von 1919 bis 1934 legte das Rote Wien mit seinen Gemeindebauten, seinen Bädern und Bibliotheken, seiner Schul- und Sozialhilfereform den Grundstein für eine Stadt, die bis heute zwar nicht allen, aber doch vielen ein gutes Leben ermöglicht. Doch waren all diese sozialen Fortschritte damals keinesfalls unumstritten. Während Friedrich Hayek, der neoliberale Vordenker, das Rote Wien als Wegbereiter hin zur Knechtschaft sah, verkörperte es für Karl Polanyi, den Versuch, Freiheit für alle zu verwirklichen. Obwohl das Rote Wien 1934 durch Bürgerkrieg und austrofaschistische Diktatur endete, ebnete es den Weg für ein inklusives Wohlfahrtsmodell und eine Stadtentwicklung, die bis heute Slums, Banlieus und extreme Formen der Gentrifizierung vermieden hat.

Von diesen historischen Erfahrungen können wir lernen. Die Bearbeitung der sozialen Frage in Europa im 20. Jahrhundert zeigt: Gesellschaften können an Herausforderungen wachsen. Sind die Ziele klar, können Menschen gemeinsam gestalten – »transformation by design« wird dies in der Umweltforschung genannt. Auch wenn Österreich kein Land der Revolutionen ist, verdanken sich auch bei uns soziale Errungenschaften der Arbeiterbewegung, Frauenrechte der Frauenbewegung und ökologisches Bewusstsein der Umweltbewegung. Transformation by design gibt es nicht zum Nulltarif, sie kann auch nicht delegiert werden – an die Politik oder Expertinnen, sondern sie erfordert das Aktiv-Werden, politi-

sches Engagement und das wiederum geht nur mit demokratischer Regelsetzung, wissend, dass die Starken ihren Willen – mit und ohne Regeln – immer leichter durchsetzen. Freiheit für alle ist aber ohne Grenzen, Regeln und Ordnung nicht realisierbar.

Hier auf der wu muss nochmals klar gestellt werden, was auf dem Spiel steht. Kapitalistische Marktwirtschaften sind eine Erfolgsgeschichte. Die letzten 200 Jahre haben ja nicht nur exponentielles Wachstum, Konsumismus und Kolonialismus, sondern auch sozialen Fortschritt und individuelle Freiheiten gebracht. Hartmut Rosa spricht in seinem neuen Buch »Resonanz« von Weltreichenweitenvergrößerung, erweiterten Möglichkeitsräumen. Sich von so einem, in der Vergangenheit für unsere Breiten so erfolgreichen grenzenlosen Wirtschaften zu verabschieden, ist nicht leicht, aber angesichts ökologischer Dynamiken unvermeidbar. Der Hyperglobalisierung, dem Wachstumszwang und einem Konkurrenzdenken, das alle Lebensbereiche unterwandert, müssen Grenzen gesetzt werden.

Handelskriege, konkurrenzorientierte Abschottung und kriegsbedingte Deglobalisierung sind aber keine emanzipatorischen Antworten. Unbestritten ist, dass die Entgrenzung der Geld- und Finanzmärkte die Krisenanfälligkeit erhöht, die Marktmacht von Konzernen und Vermögensbesitzenden gestärkt und demokratische Gestaltungsspielräume eingeschränkt hat. Diesbezüglich ist auch Trump – entgegen der landläufigen Einschätzung – ein Hyperglobalisierer, der die Ökonomisierung aller Lebensbereiche radikalisiert. An sich ist der verstärkte Regulierungsbedarf im Finanzsektor mittlerweile weitgehend unbestritten. Rasend schnelles, hypermobiles Finanzkapital ist ein Haupttreiber universeller Konkurrenz um alles und jedes. Im Warenhandel ist die Frage bezüglich Globalisierung komplexer, denn Welthandel hat auch viele Vorzüge, weshalb es hier gilt, Vor- und Nachteile grenzenlosen Handelns abzuwägen.

Es geht also darum, Globalisierung zu erden. So wenig wie sich Europa auf Brüssel reduziert (Europa ist auch genauso Lesbos, Ostslowakei und Langenlois), findet Globalisierung nicht nur auf Weltkonferenzen oder einer herbeigewünschten Weltregierung statt, sondern Globalisierung wird auch »von unten« gemacht: Destruktiv und konstruktiv werden auch vor Ort planetarische Grenzen und Klimaveränderungen mitgestaltet. Das führt zur These 4.

These 4: Selektive wirtschaftliche Regionalisierung ermöglicht Eigenständigkeit und Weltoffenheit

Strategien einer emanzipatorischen Regionalisierung brauchen neben strikten Beschränkungen von Finanzmärkten und dem Verbot von Steuerhinterziehungsenklaven auch Kostenvorteile im Transport. Dann wäre kleinteiliges Wirtschaften wieder attraktiver. Saisonales und regionales Essen, aber auch lokale Reparaturnetzwerke könnten eine auf Klein- und Mittelbetrieben aufbauende regionale Ökonomie stützen. Durch transnationale Regionalisierungen, allen voran die europäische Integration, könnten Handlungsspielräume »von unten« zurückgewonnen werden. Doch davon ist die aktuelle EU sehr weit entfernt, ja sie untergräbt mit ihrem neoliberalen Regelwerk kommunale und nationale Gestaltungsmöglichkeiten. Sie ist heute vor allem treibende Kraft zur Entgrenzung von Märkten.

Dringend benötigt wird aber eine Europäische Union als soziales und demokratisches Gegengewicht zur Hyperglobalisierung, als Gegenmacht zu global agierenden Konzernen, die marktbeherrschende Stellungen einnehmen – denken wir nur an Bayer-Monsanto, Amazon, Google und Apple; oder an Unternehmen, die »too big to fail« sind, um für ihr Marktversagen bestraft zu werden, wie Volkswagen oder zuletzt Monte del Paschi in Italien. Wirtschaftliche Regionalisierung könnte derartige Machtkonzentrationen vermeiden und die Übermacht globaler Player einschränken. Weil aber auch Abschottung problematisch ist, könnte Welthandel dann ein Korrektiv sein, regionale Monopole und Seilschaften zu verhindern. Gute Wirtschaftspolitik bestünde darin, die jeweiligen Vor- und Nachteile bestmöglich abzuwägen.

Denn weder unbegrenzter Handel noch Abschottung sind emanzipatorische Ansätze. Vielmehr braucht es möglichst simple globale Spielregeln und Rahmen, die ein sinnvolles, demokratisch gestaltetes Zusammenspiel von lokal und global ermöglichen und die Widersprüchlichkeit zwischen Vielfalt vor Ort und globaler Zusammenarbeit ausbalanciert. Es braucht beides: Eigenständigkeit und Weltoffenheit, so etwas wie einen heimatverbundenen Kosmopolitismus.

Der Wertschätzung von Vielfalt und Regionalisierung wird wohl leicht zugestimmt. Und trotzdem meinen viele, die großen globalen Themen – wie Klima, Armut, Menschenrechte und Weltwirtschaftsordnung – erfordern vorrangig globale Handlungsstrategien. Globale Koordinierung ist in der Tat wichtig, zugleich zeigen die aktuellen Entwicklungen (von Putin bis Trump), dass gegenwärtig globale Zusammen-

arbeit prekär ist und immer mehr dem Primat von Geopolitik und Geoökonomie untergeordnet wird. Schon lange beobachten wir, dass Investoren und Finanzmärkte demokratische Regierungen erpressen, oder aber direkt an den Hebeln der Macht sitzen. Ex-Kommissionspräsident Barroso ist ein letztes Beispiel dieses fatalen Drehtüreffekts. *America First*, Trumps Anspruch, die politische Macht zum eigenen wirtschaftlichen Vorteil einzusetzen, untergräbt ernsthafte globale Kooperation. Vor dem Hintergrund dieser realpolitischen Sachlage braucht es neue Strategien, um die brennenden Probleme unserer Zeit dennoch zu bearbeiten. Gott sei Dank sind globale Probleme nicht nur global bearbeitbar. Das führt zu fünften, und letzten These.

These 5: Auf dem Weg zum guten Leben für alle braucht es erweiterte Handlungsspielräume »von unten«

Eine der Kernbotschaften dieses zweiten Kongresses lautet: Auf allen räumlichen Ebenen gibt es Handlungsspielräume für Klima- und Sozialpolitik; und es gilt, wo immer möglich, diese zu nutzen und auszuweiten – regional, national und europäisch. Auf allen Ebenen können Menschen tätig werden und den notwendige sozial-ökologischen Umbau unserer Wirtschaft und Gesellschaft voranzutreiben. Die eigene Nachbarschaft, Österreich und Europa sind wichtige Handlungsebenen.

Jede, jeder von uns ist gleichermaßen Konsument, Bürgerin, Beschäftigte. Globale Finanzmärkte und digitale Medien haben universelle Märkte geschaffen, die uns als KonsumentInnen durch den Besitz von Geld ermächtigen. Durch die Globalisierung vergrößert sich unsere Weltreichweite dramatisch. Geld vermehrt Wahlmöglichkeiten und eröffnet vermeintlich größtmögliche Freiheit: Textilien aus Bangla Desh, Mangos aus Brasilien, Bücher von Amazon, Taxi von Uber – all diese Produkte sind mit Geld erwerbbar, oftmals billiger als lokal angebotene Waren. Die unintendierte Folge der vielen einzelnen Kaufentscheidungen ist aber nicht nur die Konzentration von Macht und die damit verbundene Erosion von Demokratie, sondern auch die Manipulation des Angebots – unkontrollierte Gentechnik und Agrobusiness gehen Hand in Hand; Amazon und Uber wollen keine Gewerkschaften, globale Finanzmärkte bestrafen Regierungen, die fair besteuern und Sozialprogramme einführen wollen.


Das Anliegen dieses Kongresses ist es, die Lösung dieses Dilemmas nicht bei individuell fairen Kaufentscheidungen zu suchen, sondern in einer radikalen Neudefinition dessen, was

gutes Leben für alle braucht. Hartmut Rosas insistiert, dass gelungene Weltbeziehungen auf Resonanz beruhen, darauf, dass uns etwas berührt, anspricht, »etwas in Schwingung bringt«. Sein statt Haben. Politisch gesprochen geht es um die Abkehr vom Konsumismus als Illusion, die Bedürfnisse von sieben Milliarden Menschen ließen sich allein am Markt befriedigen. Geld haben, mit Kreditkarte global shoppen, ist nicht die ganze Freiheit, die wir meinen.

Gutes Leben für alle braucht die Abkehr von dieser Illusion, die unter ökologischen Gesichtspunkten desaströse Konsequenzen hätte. Es braucht andere Formen, wie die Befriedigung von Bedürfnissen organisiert wird. Unbegrenzte Mobilität und unbegrenzte Einkaufsmöglichkeiten haben einen Preis – und dieser Preis kann für ein Gemeinwesen hoch – mitunter zu hoch – sein. Daher wird es – und dies blendet Rosa aus – zu Auseinandersetzung kommen. Konflikte darüber, was das gute Leben ist und wer daran teilhaben kann, sind unausweichlich. Die Kämpfe rund um AirBnB und Uber zeigen, dass uns hier Auseinandersetzungen um Grenzziehungen und Regulierungen bevorstehen. Die Stadt Wien arbeitet zum Beispiel gegenwärtig intensiv an einer lokalen Regulierung des Plattform-Kapitalismus.

Statt Wohlstand über den Zugang zu Geld zu definieren, braucht es »von unten« eine Neudefinition von Lebensqualität im Sinne geglückter Weltbeziehung – durch die erfolgreiche Integration von Schutzsuchenden, durch Projekte, die Mittelschule und Gymnasium in Dialog bringen, durch energieautarke Gemeinden. Gemeinden und Städte haben die Möglichkeit, Menschen, die im Kleinen etwas verändern wollen, die selbst-wirksam ihr Lebensumfeld und die Welt gestalten, zu unterstützen. »Vor Ort« handeln heißt Sorge zu tragen für das Lebensumfeld, Verantwortung zu übernehmen für diesen Planeten, Politisch-werden im Sinne der Gestaltung des Gemeinwesens und der Welt.

Die Strategie, klimaschädliche Infrastrukturen zurückzubauen – allen voran bestimmte Verkehrsinfrastrukturen und fossile Energiesysteme – und stattdessen eine leistbare sozialökologische Infrastruktur für alle auszubauen, ist daher sicherlich der beste Weg, um strukturelle Veränderungen weg von Konsumismus und Wachstumszwang einzuleiten. Während die Umverteilung von Geld die Funktion hat, Not zu lindern – und das ist nicht wenig! –, sind attraktive öffentliche Räume, billige öffentliche Verkehrsmittel, Zeitwohlstand, erschwinglicher Zugang zu Energie, Wasser, Wohnen, Gesund-

heit und Bildung, Kommunikation und vielem mehr notwendige Voraussetzungen für eine neue, solidarische Lebensweise mit reduziertem ökologischen Fußabdruck – aber besserer Lebensqualität für alle. In diese Richtung sollte Wissenschaft vermehrt denken, in diese Richtung sollten soziale Bewegungen verstärkt aktiv werden. 

ANDREAS NOVY

ist Professor am Institut für Multi-Level-Governance and Development an der Wirtschaftsuniversität Wien und Obmann der Grünen Bildungswerkstatt. Er organisierte im Februar 2017 zusammen mit Alexandra Strickner den zweiten »Gutes Leben für alle«-Kongress an der Wirtschaftsuniversität Wien, der sich an der Schnittstelle von Wissenschaft, Politik und Verwaltung mit sozialökologischen Zukunftsfragen befasste. Der Kongress wurde u. a. vom Renner Institut, den Gewerkschaften, der AK Wien, Universität Wien, Rosa Luxemburg Stiftung, zahlreichen NGOs und der Stadt Wien unterstützt. Der vorliegende Text dokumentiert die von Andreas Novy gehaltene Eröffnungsrede zum Kongress.



Alfons Schilling
68 Chicago Demo, Gasmasken, 1968, Linsenrasterfotografie
© Nachlass Alfons Schilling

Ein durchaus noch lebendiger Funke

Es kann als unwidersprochen gelten, dass die Sozialdemokratie eines neuen politischen Projekts gesellschaftlicher Gestaltung und neuer Impulse bedarf. Einen solchen Impuls lieferte vor einiger Zeit Axel Honneth und bekam dafür letztes Jahr auch den Bruno-Kreisky-Preis für das politische Buch des Jahres verliehen. Armin Puller bespricht das Buch.

Axel Honneth gehört nicht unbedingt zu jenem Personenkreis der »üblichen Verdächtigen«, von denen man einen Entwurf für eine Erneuerung der Idee des Sozialismus erwarten würde. Umso überraschender und auch erfreulicher ist es daher, wenn Honneth – Direktor des Frankfurter Instituts für Sozialforschung und einer der bedeutendsten deutschen Sozialphilosophen – dem Sozialismus eine Publikation widmet und darin außerdem konstatiert, dass in diesem »durchaus noch ein lebendiger Funke steckt« (2015: 12).

Honneth ist ein Sozialphilosoph, der sich selbst nicht in die sozialistische oder gar marxistische Theorietradition einschreibt. Seine Perspektive auf Gesellschaft ist nicht geprägt vom Thema der Kämpfe um die Gestaltung der materiellen Lebensverhältnisse oder durch die Analyse der Struktur sozialer Verhältnisse, sondern untersucht interpersonelle Beziehungen und ihre Moralität. Wenngleich diese Anschauung, in der sich Gesellschaft wesentlich durch Normen reproduziert, durchaus nicht unbegründet an Jürgen Habermas erinnert, handelt es sich doch um einen eigenständigen Entwurf, der als übergreifenden moralphilosophischen Begriff die Anerkennung in den Mittelpunkt rückt. Wie sich diese Perspektive mit den Erfordernissen einer politischen Linken vereinbaren lässt, die sich in der gegenwärtigen Konstellation die Bekämpfung der wachsenden sozialen Ungleichheiten, der zunehmenden Widersprüche der kapitalistischen Wirtschaftsweise und der postdemokratischen Machtverhältnisse auf ihre Fahnen heften müsste, ist auf den ersten Blick nicht unbedingt einsichtig. In einer Debatte mit der Sozialphilosophin Nancy Fraser über den Status des Begriffs der Anerkennung, in der Fraser als zentrale Dimension von Gerechtigkeit auch Umverteilung betonte, zeigte sich Honneth skeptisch,

ob es sich hierbei tatsächlich um eine eigenständige Dimension handeln könne und erklärte, dass distributive Forderungen aus einer Theorie der Anerkennung zu folgen hätten. Fraser dagegen vertrat die Position, dass die Anerkennungsperspektive nur in ihrer Verknüpfung mit der (eine Theorie des Kapitalismus beinhaltenden) Verteilungsfrage ein Potential für eine umfassende Gegenwartsdiagnose entfalten könne. Die Debatte fand 2003 statt und erscheint heute fast wie ein Schauplatz innersozialdemokratischer Auseinandersetzung im Bereich der Moralphilosophie. Bevor Tony Blair und New Labour spätestens mit dem Irakkrieg verbliebene Reste sozialdemokratischer Identität auslöschten, schien bekanntlich eine Erneuerung der Sozialdemokratie als freundlichere Variante neoliberaler Marktbegeisterung jenseits des alten schweren Themas der Umverteilung für einige einen durchaus gangbaren Weg darzustellen. Die Vernachlässigung der Verteilungsfrage und die folgende Entfremdung von der sozialstrukturell dezimierten, demoralisierten und demobilisierten traditionellen sozialen Basis der Sozialdemokratie bildete die Achillesferse dieses Wegs und bereitete die Grundlage für die gegenwärtige Schwäche der Sozialdemokratie.

Es wäre Honneth gegenüber allerdings mehr als ungerecht, würde sein theoretischer Ansatz als Unterstützung der politischen Strategie der »neuen Sozialdemokratie« und ihrer Abkehr von der Umverteilung interpretiert werden. Die Subsumption des Umverteilungsbegriffs unter den Anerkennungsbegriff bedeutet für ihn nicht dessen Auflösung, sondern dessen Neukonzeption: Weil sich sowohl ökonomische Benachteiligung als auch kulturelle Deprivation bei Betroffenen in der Erfahrung sozialen Unrechts und fehlender Anerkennung niederschlagen, sei die Unterscheidung eigentlich sekundär und könne das Konzept der Anerkennung eine

übergreifende Perspektive bieten. Ebenso erklärte Honneth mehrfach explizit, dass sein Ansatz nicht der bloßen Beförderung von Identitätspolitik und der Anerkennung der Pluralität von Identitäten diene, sowie, dass Verteilungskämpfe wohl von Bedeutung sind. Honneth geht es darum, dass die Idee des Sozialismus »weit über herkömmliche Vorstellungen distributiver Gerechtigkeit hinausgeht« (Honneth 2015: 51) und darin auch die Überwindung des Kapitalismus keineswegs Selbstzweck ist, sondern vielmehr Mittel zum Zweck der Schaffung einer solidarischen Lebensweise. Wenn Gesellschaft über Interaktionen und Anerkennung betrachtet wird, sozusagen als Kampf um Anerkennung verstanden wird, können die normativen Grundintentionen des sozialistischen Projekts stärker in den Blick geraten, können verschiedene Modalitäten von Anerkennung festgestellt werden (emotionale, moralische und soziale) und können Wege der Erweiterung von Anerkennung in sozialen Verhältnissen reflektiert werden.

NEUFORMULIERUNG DER IDEE DES SOZIALISMUS

Ausgehend von diesem theoretischen Hintergrund geht es Honneth in seinem Buch über die Idee des Sozialismus um eine Aktualisierung des Sozialismus als Sozialphilosophie, indem er sie einer »normativen Rekonstruktion« unterzieht. Für die gegenwärtige Lage stellt er ein »Unbehagen über den sozioökonomischen Zustand« sowie ansteigende »massenhafte[...] Empörung« fest, der aber im Normativen ein »Richtungssinn« bzw. »ein geschichtliche[s] Gespür für ein Ziel der vorgebrachten Kritik« (Honneth 2015: 15) fehlt. Die Idee des Sozialismus könne diese Lücke füllen, jedoch sei sie aufgrund einer Bindung an Perspektiven aus dem industriellen Zeitalter beschädigt. In vier Kapiteln widmet sich das Buch zuerst einer Rekonstruktion der Idee des Sozialismus aus Honneths anerkennungstheoretischer Lesart (1), nimmt eine Identifikation der industriellen Bindungen vor, die diese Idee heute behindern (2), und formuliert neue geschichts- und gesellschaftstheoretische Grundlagen, um diese Bindungen zu ersetzen (3 und 4).

Sozialphilosophisch Unerfahrenen mag Honneths hermeneutische Herangehensweise, die von der Sozialgeschichte, einer fundierten politökonomischen Gegenwartsdiagnose sowie gegenwärtigen politischen und sozialen Bewegungen und Auseinandersetzungen absieht, ungeeignet für das gestellte Unterfangen erscheinen. Nichtsdestotrotz gelingt es dem Buch in zugänglicher und Lesevergnügen bereitender Weise, Grundfragen sozialistischer Positionierung im politischen

Spektrum aufzuwerfen, die für eine auf der Suche nach Identität, Zweck und Vision befindliche Bewegung von maßgeblicher Bedeutung sind.

Worin besteht nun die Idee des Sozialismus und wie sollen wir sie heute denken? Entstanden in der Zeit des Aufbaus großer Industrien und der Durchsetzung des Kapitalismus, widmete sich der Sozialismus den uneingelösten Versprechungen der Französischen Revolution. Der sozialeren Ausgestaltung der Gesellschaft, wie sie die Revolution versprochen hatte, stellte sich der kapitalistische Markt mit dem Privateigentum an Produktionsmitteln und der Privataneignung der Produkte entgegen, gegen den frühe Sozialisten seit jeher ankämpften (so wie auch die von Honneth nicht berücksichtigten Sozialistinnen wie etwa Flora Tristan).

Die Besonderheit des Sozialismus besteht darin, dass er die normativen Ideale der Französischen Revolution teilte, diese aber unter Bedingungen des Kapitalismus miteinander in Widerspruch geratend und daher als nicht realisierbar erkannte. Dreh- und Angelpunkt der Differenzen zwischen Sozialismus und Liberalismus zeigten sich insbesondere beim Begriff der Freiheit: Während Liberale Freiheit nur auf Individuen beziehen und die Freiheit von Behinderungen in (Markt-)Handlungen in den Vordergrund rücken, entwickelte der Sozialismus ein viel weitgehendes Konzept sozialer Freiheit, in dem die Freiheit der Individuen an die Existenz einer solidarischen Gesellschaftsordnung gebunden wird. Freiheit der Individuen als Selbstverwirklichung kann nur von einem Kollektiv (verstanden als Resultat des Zusammenwirkens von Individuen, nicht ihrer Auflösung im Kollektiv) verwirklicht werden: Wenn individuelle Freiheit mit einer Idee von Gemeinschaft als wechselseitiger Anteilnahme von KooperationspartnerInnen verbunden wird, als ein »Sich-Ergänzen im Anderen« (Honneth 2015: 48), dann steht Freiheit nicht im Widerspruch mit Gleichheit und Brüderlichkeit, sondern vertritt einen »holistischen Individualismus«, in dem die Gemeinschaft Trägerin der zu verwirklichenden Freiheit wird.

Die eigentliche Idee des Sozialismus – das, was sie ausmacht, auch wenn die TheoretikerInnen des Sozialismus nicht immer das begriffliche Rüstzeug hatten, um sich dieser Differenz bewusst zu werden – ist Honneth zufolge der Begriff der sozialen Freiheit. Während die liberale Freiheitvorstellung Individuen nur als für sich selbst tätig versteht, verweist der Begriff der sozialen Freiheit auf eine Gemeinschaft, in der »die Gesellschaftsmitglieder [...] nicht nur ‚miteinander‘, son-

dern [...] ‚füreinander‘ tätig [...] sind], weil sie allein dann ihre allgemeinen Bedürfnisse auf zwanglose Weise verwirklichen können« (Honneth 2015: 51). Der Sozialismus macht Freiheit damit an den notwendigen Realisierungsbedingungen fest, die in der gegenwärtigen Gesellschaft nicht vorliegen und erst zu schaffen wären: »Die einzelnen Subjekte können ihr Vermögen zur Freiheit nur als Mitglieder einer sozialen Gemeinschaft realisieren, welche ihrerseits aber in dem Sinn frei sein muß, daß die reziproke Erfüllung der allgemein geteilten Absichten ohne Zwang und daher in einer Einstellung der wechselseitigen Anteilnahme erfolgt« (ebd.: 52f.). Gleichheit und Brüderlichkeit sind damit die Bedingungen für eine Realisierung von (sozialer) Freiheit.

GEBURTSFEHLER UND DEFORMATIONEN DES SOZIALISMUS

Weil sich die frühen Sozialisten der Tragweite ihres Freiheitsbegriffs wenig bewusst waren, blieb das Verhältnis der Freiheit der Individuen und der sozialen Gemeinschaft unterbeleuchtet und wurde eine Reihe blinder Flecken hervorgebracht, die von Honneth als »Geburtsfehler« bezeichnet werden. Honneth rechnet dabei Marx (vor allem dem jungen Marx) eine Reihe zentraler Einsichten und Korrekturen zu, die aber an diesen konzeptuellen Problemen nur wenig änderten. Es handelt sich um die Überbetonung der ökonomischen Sphäre als Schauplatz gesellschaftlicher Veränderung, die zu einem ökonomischen Determinismus und der Vernachlässigung der politischen Willensbildung als eigenständiger Sphäre führte, sowie um eine geschichtsmetaphysische Vorstellung, in der zwangsläufige Entwicklungen angenommen und strategisches Lernen behindert wurden.

Entwicklungen, die frühe Sozialisten wie Fourier, Saint-Simon oder Marx anhand der industriellen Revolution beobachteten, wurden von ihnen verallgemeinert und nahmen die theoretischen Leerstellen ein, die sie nicht erkennen und daher nicht füllen konnten. Die massenhafte Integration von Individuen als Arbeitskräfte in die kapitalistische Wirtschaftsweise ließ ihnen diese nur mehr als über ihre ökonomische Position definierte AkteurInnen erscheinen. Bürgerliche Rechte und politische Aushandlungen schienen ihnen daher nichts wert oder, wie im Falle von Marx, nur für die Zeit vor der Überwindung des Kapitalismus bedeutsam, da über die Neuorganisation der Wirtschaftsweise in Richtung der Beseitigung des kapitalistischen Marktes letztlich auch die politische Sphäre mitbehandelt wäre. Die massenhaft anwachsende ArbeiterInnenklasse, die durch die negativen Effekte des

Kapitalismus als mehr oder weniger einheitliche Klasse formiert wurde, wurde als revolutionsbereite Trägerin des Veränderungswillens vorgestellt, indem von ihrer Lebenslage automatisch auf ein bestimmtes politisches Begehren geschlossen wurde. Elektrisiert vom Fortschrittsgeist ihrer Zeit, verfestigte sich zudem ein geschichtlicher Optimismus, der von der Vorstellung ausging, dass die Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise mit gesetzesmäßiger Notwendigkeit explodieren und zu ihrer eigenen Auflösung führen würden. Außerdem würde dieser Selbstauflösung ebenso gesetzesmäßig nur eine sozialistische Produktionsweise folgen können.

Mit zunehmendem zeitlichen Abstand erscheinen diese Annahmen immer lächerlicher und berauben den Sozialismus jeder Anziehungskraft: »Jeder Versuch, die alten Ideale heute wieder zu neuem Leben zu erwecken, muß daher mit der mühsamen Anstrengung beginnen, ihre Verzahnung mit den inzwischen haltlos gewordenen gesellschaftstheoretischen Grundannahmen schrittweise rückgängig zu machen, um so Platz für ihre zeitgemäße Artikulation zu schaffen [...]« (Honneth 2015: 82). Honneth zeigt auf, dass diese Prämissen nicht einen einfach zu streichenden Zusatz zur Grundidee der sozialen Freiheit darstellen, sondern mit ihr so eng verbunden sind, dass nur eine neue gesellschafts- und geschichtstheoretische Konzeption Abhilfe schaffen kann. Es muss eine Konzeption sein, die neben der Ökonomie auch andere Sphären der Gesellschaft anerkennt und die in der ArbeiterInnenklasse nicht das alleinige Subjekt der Veränderung erkennt und außerdem die Offenheit geschichtlicher Entwicklung annimmt und sich nicht länger mit der Gegenüberstellung von Markt und Plan zufrieden gibt. Insofern sieht er die Zukunft des Sozialismus »nur in einer postmarxistischen Form« (ebd.: 87) angesiedelt, womit er auch auf die theoretischen Debatten der neueren politischen Theorien rund um Ernesto Laclau, Chantal Mouffe und andere AutorInnen anzuspielden scheint.

HISTORISCHER EXPERIMENTALISMUS

Der alte sozialistische Glauben, eine solidarische Gesellschaft könne über die Verwirklichung sozialer Freiheit nur im Bereich des Ökonomischen errichtet werden, vertrat ein einfaches Bild von Gesellschaft, in dem der Kapitalismus, und insbesondere der Markt, die gesamte Totalität gesellschaftlicher Verhältnisse beschreiben. Folglich muss, so der alte Sozialismus, der Markt als gesellschaftliches Zentrum durch den Plan ersetzt werden. Honneth erkennt hierin eine apodiktische Vorentscheidung für ein bestimmtes gesellschaftliches Steuerungsprinzip, obwohl Alternativen zum kapitalistischen Markt

deutlich darüber hinausgehen. Wenn dagegen von sozialer Freiheit als Idee des Sozialismus ausgegangen wird, wird die Frage, welches Steuerungsprinzip (etwa: Markt, Rechtsstaat oder Zivilgesellschaft) oder welche Kombination an Steuerungsprinzipien das geeignetste darstellt, ein Thema von Experimenten, aus denen gelernt und durch die eine Vergesellschaftung der Ökonomie in offenen Aushandlungsprozessen erreicht werden kann. Mit der Idee der sozialen Freiheit sind nicht konkrete Projekte die Fixpunkte, an denen sich Sozialismus auszurichten hat, sondern die Ausweitung sozialer Freiheit selbst: »[B]eim experimentellen Durchspielen institutioneller Modelle müssen daher alle Vorschläge betrachtet werden, die sich in irgendeiner Weise dem normativen Zweck verpflichtet sehen, die wirtschaftlich Tätigen so weit von Zwang, Bevormundung und Abhängigkeit zu emanzipieren, daß sie in die Lage versetzt werden, ihre jeweilige Rolle als freiwilligen Beitrag zur nur in Wechselseitigkeit zu bewältigenden Aufgabe der gleichmäßigen Befriedigung der Bedürfnisse aller Gesellschaftsmitglieder zu begreifen« (Honneth 2015: 111).

Mit Bezug auf John Dewey schlägt Honneth vor, man solle geschichtliche Veränderung über kommunikative Interaktionen denken, nämlich als Ausweitung der Entgrenzung von Kommunikation: Die Idee der sozialen Freiheit setzt sich in dieser Anschauung geschichtlich als eine Überwindung von und Befreiung aus Kommunikationsbarrieren durch. Die Spielräume der Freiheit werden größer, da verschiedene soziale Gruppen ihre Freiheitsbegehren formulieren, ihren Ansprüchen Aufmerksamkeit verschaffen und Kommunikationsbarrieren niederreißen. Für dieses Verständnis von Sozialismus geht es nicht mehr um die Frage, wer diese Freiheitsbegehren äußert, denn Honneth zufolge sind Bewegungen letztlich labile konjunkturbedingte Phänomene. Wenn man die Durchsetzung sozialer Freiheit an etwas festmachen kann, dann nur an »institutionellen Errungenschaften, [...] veränderten Rechtsformen und kaum mehr rückgängig zu machenden Mentalitätsverschiebungen« (ebd.: 116). Die Frage des Subjekts der Veränderung ist nicht mit einem Bezug auf bestimmte soziale Gruppen zu lösen: »Als Adressaten [...] sollten [...] alle Bürgerinnen und Bürger begriffen werden, insoweit sie davon zu überzeugen sind, daß sie ihre individuelle Freiheit in wesentlichen Bereichen ihres Lebens nur im solidarischen Zusammenwirken mit allen anderen verwirklichen können« (ebd.: 118).

FUNKTIONALE DIFFERENZIERUNG

Ein Sozialismus, der seine AdressatInnen nicht nur als ProduzentInnen, d. h. als Subjekte mit Positionen im Ökonomi-

schen versteht, sondern als BürgerInnen, könne auch andere gesellschaftliche Teilbereiche in den Blick nehmen als nur die Ökonomie. Während der alte Sozialismus die funktionale Differenzierung moderner Gesellschaften ignorierte, kann ein aktualisierter Sozialismus mehrere Sphären ausmachen, die Gegenstand der Erweiterung sozialer Freiheit sein sollten, nämlich auch jene der persönlichen Beziehungen und jene der demokratischen Willensbildung: »Für die Sphäre von Liebe, Ehe und Familie heißt das, darin Beziehungsformen zu erkennen, in denen das versprochene Füreinander nur möglich ist, wenn alle Mitglieder ihre tatsächlichen Bedürfnisse und Interessen ungehindert artikulieren und mit Hilfe des jeweils anderen verwirklichen können, für die Sphäre der demokratischen Willensbildung ergibt sich daraus, daß die Teilnehmer ihre je individuellen Meinungsäußerungen als sich ergänzende Beiträge zum gemeinsamen Projekt einer allgemeinen Willensfindung auffassen können müssen« (Honneth 2015: 139). Weil man die Gesellschaft vom steuernden Zentrum der Ökonomie aus dachte, wurde die Eigenständigkeit dieser Sphären gegenüber der Ökonomie nicht gesehen. Nunmehr soll es darum gehen, nicht nur »Fremdbestimmung und entfremdete[.] Arbeit in der ökonomischen Sphäre [zu beseitigen], sondern auch die Überwindung von Zwang, Herrschaft und Nötigung in den persönlichen Beziehungen und in der demokratischen Willensbildung vom Sozialismus [anzustreben]« (ebd.: 154).

EINE NEUE VISION?

Kritiken haben Honneths Buch vorgeworfen, keinerlei Überlegungen für ein konkretes politisches Projekt oder eine Analyse der gegenwärtigen Situation zu liefern. Das ist durchaus berechtigt, jedoch beansprucht Honneth auch nicht, dies zu leisten, sondern beschränkt sich selbst explizit darauf, die gesellschaftstheoretischen Prämissen und normativen Leitideen des Sozialismus zu erneuern. Im Gesellschaftstheoretischen führt er dabei berechtigte Kritiken und Neukonzeptionen zusammen, die in der theoretischen Debatte nicht unbedingt neu sind (Kritiken an Ökonomismus, Klassenreduktionismus und Geschichtsteologie lassen sich mindestens bis in die 1960er Jahre zurückverfolgen), aber letztlich in der Linken nicht unbedingt angemessene Anerkennung gefunden haben (daher läßt sich auch darüber hinwegsehen, dass Honneth die sozialistische Theorietradition manchmal einseitig und die historischen Projekte linker Bewegungen recht holzschnittartig behandelt). Honneth führt hierfür beispielhaft das Konzept des demokratischen Sozialismus an, das die Linke lange diskutierte: Dieses ist einerseits eine Antwort auf die Geburtsfehler der Idee des Sozialismus, aber eine unangemessene, denn es

behält die alten Prämissen wesentlich bei und fügte diesen nur in unterschiedlichen Graden die Akzeptanz der liberalen Demokratie und des kapitalistischen Marktes hinzu. Die berechtigten Kritiken an blinden Flecken führen Honneth zum Aufruf, den Blick vom Ökonomischen und von naturgesetzlichen Entwicklungen auszuweiten, sich neben der Ökonomie auch anderen Handlungsfeldern zu widmen und hinsichtlich einer gesellschaftlichen TrägerInnenschaft des Sozialismus offen zu sein.

Diese Teile des Buches überzeugen nur bedingt in den vorgeschlagenen theoretischen Lösungen, da etwa das Konzept funktionaler Differenzierung gesellschaftlicher Teilbereiche weder mit den notwendigen Begriffen verbunden wird, um die Struktur, sozialen Widersprüche, drängenden Probleme, Handlungsfelder und Potentiale innerhalb der Sphären des Ökonomischen, der Politik und des Privaten konkret zu benennen, noch um die Beziehungen zwischen diesen Sphären zu ergründen und zu erklären. Das Buch bietet hier keine zufriedenstellende analytische Reflexionsebene über die gegenwärtige Lage und auch keine Orientierung für eine solche. Dies wird noch dadurch verstärkt, dass im Buch die großen Tendenzen der gegenwärtigen Lage – Erosion der Akkumulationsdynamik und damit der Integrationskraft des Kapitalismus im Westen, Zuspitzung der politischen Krise und Hegemoniekrise mit den Effekten der Verfestigung postdemokratischer Zustände und des Aufstiegs des Rechtsextremismus, Zuspitzung der ökologischen Krise etc. – kaum eine Erwähnung finden. Auch die Offenheit hinsichtlich einer sozialen Basis eines sozialistischen Projekts ist angesichts der blairistischen Deformation der Sozialdemokratie ein nicht gerade einfaches Thema: Die Offenheit für alle BürgerInnen ist schließlich auch ein Thema des Blairismus gewesen, der mit seiner Orientierung an den Mittelschichten und der politischen Mitte Fragen von Klassenverhältnissen tunlichst vermeiden wollte, um nicht mit dem alten Sozialismus assoziiert zu werden. Es bleibt hier offen und ambivalent, ob Honneths Argumentation darauf hinausläuft, gesellschaftliche und politische Kräfteverhältnisse generell zu entthematisieren oder ob es darum geht, konjunkturbedingte Offenheit für verschiedenartige Bündnisse zu betonen.

Die besonders interessanten Teile und Stärken des Buches liegen im Bereich des Normativen. Indem Honneth den Begriff der sozialen Freiheit herausarbeitet, möchte er dem sozialistischen Projekt eine kraftvolle Vision einer »demokratischen Lebensform« vermitteln: Der Sozialismus »vertritt die

geschichtliche Tendenz, soziale Abhängigkeiten und Exklusionen schrittweise zu überwinden, indem er stets und überall zur Geltung bringt, daß unter den gegebenen Bedingungen eine Verwirklichung des versprochenen Zusammenspiels von Freiheit, Gleichheit und Solidarität noch gar nicht möglich ist« (Honneth 2015: 164f.). Hier treten aber zugleich auch einige Probleme der Argumentation und offene Fragen zu Tage:

(1) Honneth spricht von einer »geschichtlichen Tendenz«, weil der Sozialismus als politische Position oder Bewegung nicht losgelöst von einer sozialen TrägerInnenschaft definiert werden könnte. Wenn der Sozialismus aber eine »geschichtliche Tendenz« darstellt, in der sich soziale Freiheit verwirklicht, ist dann nicht wieder eine geschichtsphilosophische Position begründet? Der kraftvollen Vision ist damit doch erst wieder ein Telos (der Verwirklichung sozialer Freiheit durch Beseitigung von Kommunikationsbarrieren) beiseite gestellt, der für politisches Handeln hinderlich wirken kann.

(2) Wenn soziale Freiheit nicht ohne ihre Realisierungsbedingungen (Gleichheit und Brüderlichkeit) gedacht und verwirklicht werden kann, ist es dann wirklich sinnvoll, den im Zeitalter des (untoten) Neoliberalismus so stark gebrauchten (bzw. aufgrund der individualistischen Schlagseite missbrauchten) Begriff der Freiheit als zentralen Bezugspunkt des Sozialismus zu wählen? Würde nicht eine Kombination von sozialer Freiheit und Gleichheit (wie etwa Étienne Balibars Begriff der Gleichfreiheit) eine deutlichere Akzentuierung des sozialistischen Projekts im Normativen ermöglichen?

(3) Honneths Neuformulierung der Idee des Sozialismus hebt die soziale Freiheit auch auf Kosten einer Entleerung politischer Bezugspunkte hervor. Sicherlich hat Honneth damit Recht, dass eine dogmatische Verteidigung von Planwirtschaft kein Fixum eines sozialistischen Projekts mehr sein kann, allerdings wird ein solches Projekt nicht nur mit der Vision der Entgrenzung von Kommunikation alleine Strahlkraft, intellektuelle Attraktivität und Mobilisierungsfähigkeit entwickeln können, sondern immer noch oder vielleicht auch gerade jetzt deutlich über den Kapitalismus hinausweisen müssen. Was die Sozialdemokratie mit Sicherheit benötigt, ist eine Handlungsperspektive, die den drängenden Problemen der Gegenwart gerecht wird. Dies kann nur über eine Abkehr von der Politik der Mitte, die von der Gegenwart überholt wurde und aus den letzten Löchern pfeift, erfolgen und erfordert weitaus radikalere Antworten als die Sozialdemokratie derzeit vielerorts

überhaupt zu diskutieren bereit ist. Für die drängenden Probleme der Sozialdemokratie, eine neue normative Leitidee und eine Vision für ihren Existenzweck und ihre Ziele auszuarbeiten, bietet Axel Honneths Buch dafür erste wichtige Impulse. Stehenbleiben wird man dabei aber nicht können. 🍀

ARMIN PULLER

ist Redaktionsmitglied der ZUKUNFT.

LITERATUR

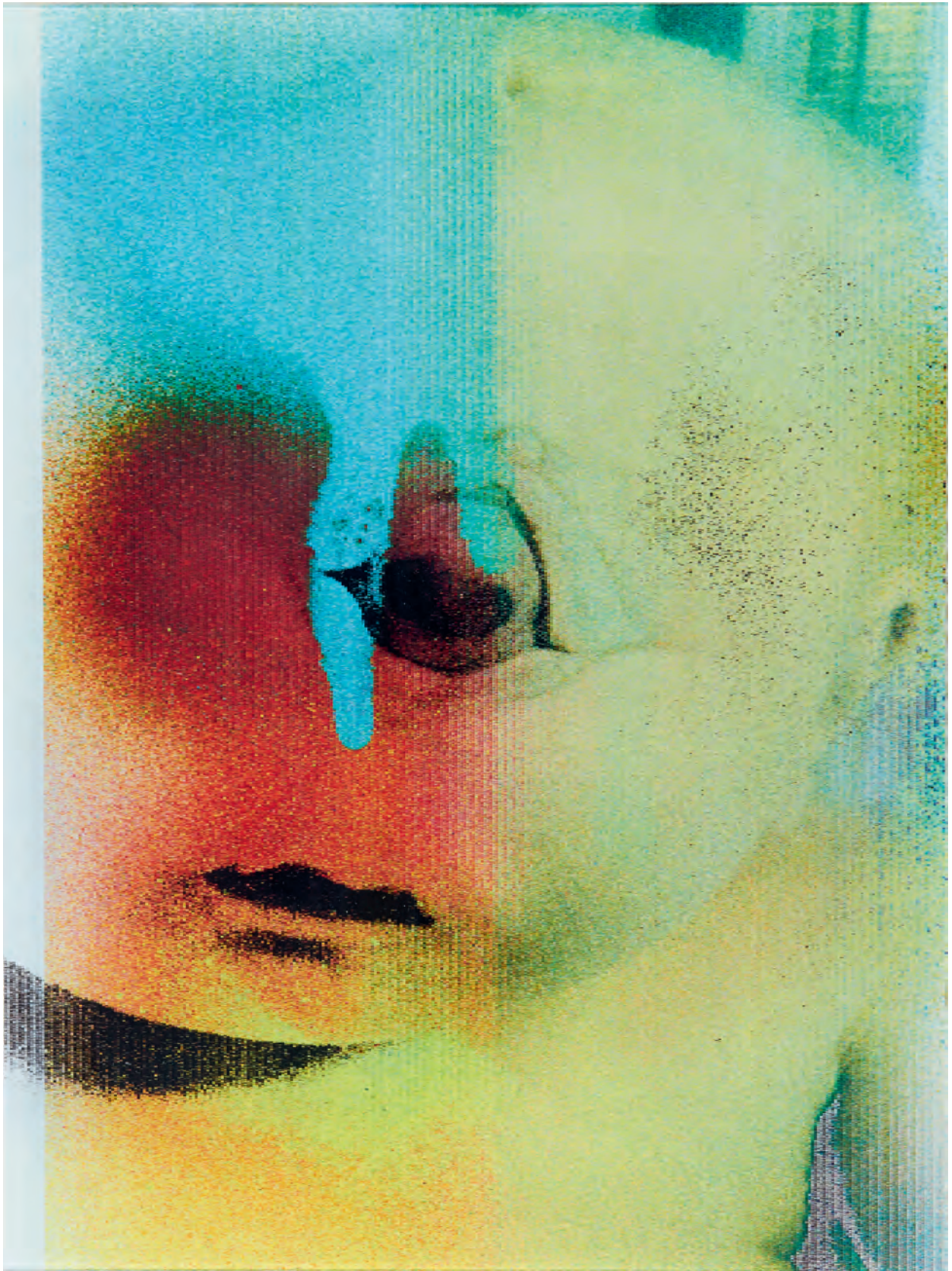
Fraser, Nancy / Honneth, Axel (2003): Umverteilung oder Anerkennung? Eine politisch-philosophische Kontroverse; Frankfurt/M.: Suhrkamp. | **Honneth, Axel** (2013): Das Recht der Freiheit. Grundriß einer demokratischen Sittlichkeit; Berlin: Suhrkamp. | **Honneth, Axel** (2015): Die Idee des Sozialismus; Berlin: Suhrkamp.



Alfons Schilling

Kader aus dem Film Jackie Curtis, 1970, 16mm, sw, ohne Ton, 1:10 Min.

© Nachlass Alfons Schilling



Alfons Schilling
Götterbild, Zyklus, 1999, Linsenrasterfotografie
© Nachlass Alfons Schilling

Die neuen, alten Konservativen

Das neoliberale Wirtschafts- und Gesellschaftskonzept ist mit der Finanzkrise in eine tiefe Krise gerutscht. Auf der Suche nach neuen Strategien setzen Regierende weltweit auf Autoritarismus und Nationalismus. Daniel Lehner zeichnet für Österreich nach, auf welchen Säulen eine Rekonfiguration konservativ-nationalistischer Regierung ruhen könnte

Der Buchtitel »Mehr Privat, weniger Staat.« von Wolfgang Schüssel aus 1983 fasst das ideologische Selbstverständnis der neoliberalen Ära gut zusammen. Dieses Selbstverständnis ist mit der Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2008 in eine Legitimitätskrise gestürzt. Die folgenden Suchbewegungen der Regierenden manifestieren sich weltweit in zunehmenden Autoritarismus, Nationalismus und einer Schleifung liberal-demokratischer Prinzipien.

WERTE UND DEHUMANISIERUNG

Islam, Flüchtlinge, Kriminalität, Burka, Türkei und Mindestsicherung. Innenpolitik gleicht oft einem Themenbaukasten, bei dem sich freiheitliche und zunehmend auch konservative Politiker bedienen, um im Takt der Erregung und unterstützt von spezifischen Medien Kampagnen zu fahren. Stay on the message: Der geschaffenen Verunsicherung, dem gepushten Unverständnis und dem sozialen Unfrieden soll mit »Grenzen« und »Werten« begegnet werden. Man müsse »an der Festung Europa bauen« (Mikl-Leitner) und unsere »historisch gewachsenen« Kreuze seien Leitkultur, die man den Fremden in Wertekursen beibringen müsse. Außenpolitik besteht im Einsatz gegen »Christenverfolgung« und dem Aufziehen von Grenzen auch innerhalb Europas. Kritisiert wird der »NGO-Wahnsinn« jener Boote, die gekenterte Flüchtlinge retten, feiern lassen will man sich dafür, im Herbst 2015 Schutzsuchenden eben nicht geholfen zu haben (Kurz).

So gebärdet sich im aktuellen Zeitalter der »großen Regression« (Geiselberger 2017) konservative Politik in Österreich. Sie ist nicht vergleichbar mit der neoliberalen Phase der späten 1990er-Jahre und dem wirtschaftspolitischen Optimismus im Zuge der Osterweiterung. Während Alois Mock noch Grenzzäune zerschneidete, brüsten sich seine Nachfolger mit der Etablierung neuer. Während Integrationsminister Kurz noch

vor einigen Jahren österreichweit »Welcome Desks« für MigrantInnen installieren ließ, wird er heute als jemand positioniert, der die FPÖ-Politik gleich mit abdeckt, dabei aber im Ankündigungsmodus verharren bleibt: Kurz fordert, Kurz will, Kurz möchte. Wenn die Exekutive schlagzeilentechnisch als Forderung auftritt, bleibt weder Platz für Oppositionsparteien, noch wird die eigene Image-Weste von innerkoalitionären Zwigigkeiten befleckt. Man kommentiert ja als AUSSENminister.

MINDESTSICHERUNG UND FAMILIENBEIHLFE

Das Ziel der Konservativen besteht darin, die Logiken, Diskurse und Politiken, die sie seit dem Herbst 2015 am Beispiel des Umgangs mit Schutzsuchenden formuliert haben, auf die Ebene von Sozialstaatlichkeit zu übertragen. Fremden- und Migrationspolitik wird gezielt mit Sozialpolitik verknüpft, um Sozialabbau legitimieren zu können: Grenzsicherung fürs eigene Sozialsystem quasi. Dementsprechend ging es auch bei der absichtsvollen Zerschlagen einer einheitlichen Mindestsicherung zuallererst um Signale – so wie damals die Zelte Mikl-Leitners als Signale an die Herkunftsländer dienen sollten. Gemeint sind anfangs vor allem Asylberechtigte, getroffen werden sollen aber alle.

Es ist Symbolpolitik, die ein Klima der Entsolidarisierung genauso befeuern soll, wie sie einen innerstaatlichen Wettbewerb der Sozialstandards nach unten zwischen den Bundesländern zu entfachen beabsichtigt. Ähnlich der Steuerwettlauf in Europa: Druck auf die untere Ebene zu Lasten der Schwächsten – Hauptsache Binnenmarkt (EU). Hauptsache alle Flüchtlinge nach Wien (Österreich). Daneben fährt die öVP (früher die FPÖ) eine Kampagne zur Senkung der Familienbeihilfe für meine ungarische Nachbarin und die slowakische Pflegerin meiner Oma. Die Indexierung der Familienbeihilfe, d. h. ihre Anpassung an die jeweiligen Lebenserhaltungskosten, ist ein

Angriff auf die UnionsbürgerInnenschaft. Auch hier wiederum: Gekürzt wird zuallererst bei jenen, die sich dagegen am wenigsten wehren können.

SCHWARZ-BLAU ...

Diese Forderungen werden von der Volkspartei in dem sich abzeichnenden Nationalratswahlkampf noch stärker verknüpft werden. Nachdem der größte WählerInnenaustausch der letzten Jahre zwischen ÖVP und FPÖ stattfindet, ist es kein Zufall, dass die Männerriege um Klubobmann Lopatka, Kurz und Sobotka seit Monaten Signale an die FPÖ-affine Klientel aussendet und eine eigene Willkommenskultur etabliert: Kommt zu uns, wir nehmen euch mit und dazu braucht ihr euch bei uns nicht als Rechtsextremisten von den Städtern verunglimpfen lassen. Ein gemäßigter Wut- und Triebabbaubau, ein Rassismus mit bürgerlichem Antlitz und die Politik Straches, aber ohne den aggressiven Habitus eines Polit-Brutalos wie Vilimsky.

Dieselben Inhalte, aber ohne schlechtes Gewissen. Man will zwar auch Menschenlager auf Inseln (»Australisches Modell«) oder entlang der afrikanischen Küsten, wie Kurz wiederholt fordert, aber ohne sich direkt schmutzig machen zu wollen. Das würde dann doch dem gediegenen Selbstverständnis spätbürgerlicher Vorstadtsiedlungen widersprechen. Darin liegt die politische Funktion des Außen- und Integrationsministers: Ähnlich wie 2002, als Schlüssel zwei Wochen vor der Nationalratswahl verkündete, dass der – damals – angesehene Karl-Heinz Grasser als »unabhängiger« Finanzminister in seinem Kabinett fungieren werde, so ähnlich soll eine mögliche Spitzenkandidatur von Kurz potentiell freiheitliche WählerInnen zum Übertritt bewegen und der ÖVP die Kanzlerschaft sichern.

Daher rührt auch der fast messianische Glaube weiter Teile der ÖVP an den Minister. Wichtiger Nebeneffekt dieser Strategie – Migration, Sozialabbau und Sicherheit konsequent miteinander zu verknüpfen und mittels Kampagnen (Obergrenze, »Asyl auf Zeit«, Zerschlagung einer einheitlichen Mindestsicherung, sogenanntes Schließen der »Balkanroute«, etc.) in der politischen Arena konsequent zu verankern – ist es, dass andere Themen wie Bildung, Gesundheit, Arbeitsmarkt, etc. wenig Platz finden (sollen) und dadurch die schwarz-blaue Mehrheit an der Urne abgesichert wird. Schlimmer noch: Indem freiheitliche und zusehends auch konservative Politiker jene Themen, deren sinnvolle politische Bearbeitung eigentlich den progressiven AkteurInnen und

Parteien zugeschrieben wird, in ihre Sicherheits- und Migrationsnarrative einbauen sowie ihren repressiven wie nationalistischen Zielen funktionalistisch unterordnen, überziehen sie eben Bildung, Gesundheit, Arbeitsmarkt, etc. gleich nochmals mit ihren »Frames« (Wehling 2016): eingrenzen, abgrenzen, begrenzen, sparen, sichern, absichern, abschließen und ausschließen – das scheinbar Wenige den Wenigen und Hauptsache den Eigenen.

... ANTE PORTAS.

Was sich am Firmament als schwarz-blaues »Reformregierung« bereits abzeichnet und die oben skizzierten Politiken umsetzen soll, will Österreich und seine Staatsapparate in Richtung »rassistischem Wettbewerbsstaat« umbauen, gerne auch als pseudo-neutrale ExpertInnenregierung: ein degenerierter Leistungsbegriff dient zur Abwertung und Aushebelung sozialstaatlicher Leistungen; eine exportorientierte Mobilisierung »für den Standort Österreich« wird garniert mit der grenztechnischen Abwehr und Einhegung von Migration; Schutzsuchende werden als argumentatives Relais benutzt um einen Niedriglohnsektors (für alle) zu installieren; Mehrwert für die einen, mehr Werte für die anderen; das mobilisierte Wettbewerbsprinzip wird durch eine kulturkonservative Wende harmonisiert und abgefedert; der konservative Backlash in Geschlechterfragen wird von Männerbünden vorangetrieben; Zugänge zu Ressourcen und Sozialstaatlichkeit werden entlang von StaatsbürgerInnenschaft – Ja oder Nein – rassistisch reorganisiert; eine Kultur der Abgrenzung wird verknüpft mit einer Entgrenzung von Lohnarbeit und Ausbeutung; fürs Kapital gibt's »Wettbewerbsfähigkeit«, sinkende Lohnstückkosten und Angriffe auf ArbeitnehmerInnenrechte, für die enthemmten Rassisten im Netz gibt's symbolische Befriedigung und plebiszitäre Mobilisierungen. Inwieweit Sozialversicherung und Kollektiverträge angegriffen werden, hängt davon ab, welche Kapitalfraktionen sich hierzulande aus den sozialpartnerschaftlichen Aushandlungs- und Kompromissfindungsprozessen vollends ausklinken.

KULTURALISIERTE UNGLEICHHEITEN

Diese erneute schwarz-blaue Koalition würde ihr Regieren nicht neu erfinden, sind doch viele der beschriebenen Inhalte schon in den aktuellen nationalstaatlichen wie europäischen Apparaten und Politiken angelegt und in praktischer Umsetzung. Schwarz-Blau würde vor allem die Linse verändern, durch die Konflikte und Debatten in der politischen Arena betrachtet werden – aus ihrer Sicht betrachtet werden sollen: Politischen Inhalte seien zuvorderst als Fragen von Kultur/

Identität/Zugehörigkeit zu verhandeln, um in einem zweiten Schritt bestehende Ungleichheiten auszubauen und legitimieren zu können. Ob sich Österreich außenpolitisch dann in die illiberale und nationalistische Allianz von Ungarn bis Putin einreicht, hängt natürlich auch von unseren Widerständen ab. Das freiheitliche »Europa der Vaterländer« am Gängelband Putins (Reimon/Zelechowski 2017) lässt sich mit den wKÖ-Interessen in Russland – Stichwort Sanktionen – gut vereinbaren. Neben den ökonomischen Kämpfen und der Verteidigung unserer Sozialstaatlichkeit würde unsere politische Energie vor allem für die res publica selbst beansprucht werden: das Hochhalten und die Vertiefung der Idee einer gemeinsamen, öffentlichen Sache, die alle betrifft, jenseits des Privaten, unabhängig von Herkunft und Klasse. Nachdem sich die urbanen und liberalen Bürgerlichen als NEOS abgespalten haben, ist der Glaube, dass sich innerhalb der ÖVP Widerstände gegen diese schwarz-blauen Logiken des »Beutemachens«, des Nationalen und des Privaten formieren könnten, völlig illusorisch.

DER STREIT UM MACHT UND ERZÄHLUNGEN

Soweit das Skript, das diskursive Schachbrett und der politische Gegner. Es ist wichtig, dass man sich ab und zu diese, sich abzeichnende Rekonfiguration konservativ-nationalistischer Regierungspolitik vergegenwärtigt, um sich die Tragweite in Erinnerung zu rufen, worum es geht. Gleichzeitig wäre es fatal, seine eigenen Strategien auf einer moralisierenden Warnung vor einem »Update von Schwarz-Blau« aufzubauen bzw. dabei bleiben zu lassen. Ebenso ungenügend ist es, sich kritisch an der Integrationspolitik von Kurz oder der (Un-)Sicherheitspolitik von Sobotka abzarbeiten. Natürlich, das wird in den kommenden Monaten nötig sein.

Wenn man aber wie das Kaninchen vor der Schlange hockt, um sich nur dann aus der Erstarrung zu befreien, wenn Kritik zu üben ist, bläst dies den politischen Gegner nur unnötig auf und überlässt ihm die Definitionsmacht. Wenn es offensichtlich politische Strategie konservativer und nationalistischer Kräfte ist (im Verbund mit Boulevard-Medien), Sicherheit, Migration und Kriminalität so zu verknüpfen, dass Angst und Unbehagen verbreitet wird, sollten die progressiven Kräfte diese Ängste nicht nochmals verdoppeln, in dem sie mit der Angst vor Schwarz-Blau auf Stimmenfang gehen. Man muss die Klaviatur der politischen Emotionen ändern und die eigenen politischen Konzepte und Narrative mit Zuversicht und Enthusiasmus vertreten – nicht nur bei der kommenden Nationalratswahl.

Wahlkampf ist Partei in Bewegung und bewegte Zeiten brauchen Vorstellungen und Konzepte, die den Interessen der Vielen und der abhängig Beschäftigten Ausdruck und Kraft verleihen UND sich der gemeinsamen Organisation einer besseren Zukunft verschreiben. Während die Konservativen vor allem Ruhe wollen für die private Bewirtschaftung ihrer Güter, Haushalte und Anlagen und die Nationalen ihre Kraft in der Beschwörung des Ethnisch-Vergangenen suchen, liegt es an uns, Zukunft offensiv anzugehen und die gesellschaftlichen Verhältnisse zu transformieren. Authentisch, entschlossen und auf Basis des unseres normativen Horizonts, welcher hoffentlich mit dem neuen Parteiprogramm 2018 für die nächsten 20 Jahre ausbuchstabiert wird.

FEUDALE VERHÄLTNISSE

»Das ist ein Schlüssel, der mehrere Schlösser sperrt.« So sprach FP-Generalsekretär und Zeremonienmeister Herbert Kickl in einem APA-Interview über das von ihm so bezeichnete »Ausländerthema«. Recht hat er: Seit Jahrzehnten diktiert seine Partei das öffentlich-politische Denken und Reden über die Themen Migration, Flucht und kulturelle Vielfalt. Dreht sich der Diskurs mal in Richtung Bildungs- oder Arbeitsmarktpolitik, d. h. in Felder, in denen den Nationalisten null Problemlösungskompetenz zugestanden wird, ziehen deren geschulte AktivistInnen ihren einzigen Schlüssel heraus und siehe da, IHR Thema ist wieder im Gespräch und gleichzeitig gibt's mit »den Ausländern« eine Personengruppe, denen man die Missstände auch sofort ursächlich umhängen kann.

So weit, so perfide. Nur, was sind unsere sozialdemokratischen Schlüssel, mittels derer wir die verschiedenen Themenfelder auf unser Terrain verschieben könnten? Soziale Gerechtigkeit und Gleichheit. Das sind die normativen Anker, mittels deren wir Bildungs-, Gesundheits- oder Wirtschaftsfragen adressieren und unsere egalitären Reformbestrebungen anleiten. Kein Kind zurücklassen, gleichen Zugang zu Gesundheitsleistungen, gute Arbeit für alle, etc. Dieser Schlüssel entspermt alle Polit-Schlösser und setzt gleichzeitig die herrschenden Macht- und Ungleichheitsverhältnisse auf die politische Agenda. Auf die Bekämpfung ebendieser Verhältnisse haben wir das historische Monopol. Wird diese Rolle nicht eingenommen und authentisch vertreten, geht der Zuspruch verloren und die Enttäuschten suchen sich andere Wut-Sammelstellen – meist Rechtsdemagogen und Rechtsextremisten – oder kippen in Apathie und geistiges Neo-Biedermeier. Um diesen Schlüssel öfters zu drehen, hilft vielleicht ein veränderter Blick auf unsere Verhältnisse: »Ich glaube, wir ste-

hen immer noch vor 1789 und nicht danach«, so Alfred Noll im Dezember 2016 im »Datum«. Ja, wir leben eine feudale Klassengesellschaft, die Umsetzung der revolutionären Slogans harrt noch der Umsetzung. Die öVP stemmt sich gegen Bildungsreformen, gerade weil unser feudales Bildungssystem zur Reproduktion der Klassenverhältnisse wesentlich beiträgt. Es gibt keine Erbschaftssteuern, weil der Geldadel geschützt werden soll. Notfalls baut sich die Oligarchie gleich selbst neue »Bewegungen« (Team Stronach, NEOS, vielleicht findet mit Mateschitz demnächst der nächste Wut-Milliardär Gefallen an der Politik), damit ihre Interessen im politischen Feld jedenfalls gewahrt bleiben. Herrschaft soll geschützt werden. Diese zunehmende »Refeudalisierung« (Neckel 2010) gilt es anzugehen, wenn wir die politischen Debatten auf das Feld der Un-/Gleichheit und Solidarität ziehen. Nur so kann der Zorn der Menschen auf den Adel, die liberalen Eliten in ihren »gated communities« und die geschmissten Anwälte wieder ernsthaft durch uns besetzt werden. Ironische Hofnarren gibt's schon zur Genüge.

LEISTUNG, ANERKENNUNG, SOZIALE SICHERHEIT

Es reicht nicht, diesem Feudalismus der bürgerlichen Gesellschaft mit einem reform-etatistischen Blick durch Ministerialapparate zu begegnen und an ein paar Schrauben zu drehen. Mobilisierung gelingt durch Konfrontation von unten indem das demokratische Begehren der Vielen verknüpft wird GEGEN jene, die Steuern hinterziehen und über leistungsloses Einkommen (Vermietung, Aktien, etc.) ihren privilegierten Status konservieren. Kreisky hat seine Kampagne 1968 unter das Motto »Leistung, Aufstieg, Sicherheit« gestellt. Ebendiesen Leistungsbegriff gilt es neu zu adaptieren und den Neoliberalen wieder wegzunehmen. Leistung ist das Ergebnis von Arbeit. Das verlangt keinen proletarischen (und möglicherweise kontraproduktiven) »Arbeits- und ArbeiterInnenkult«, aber die Anerkennung und mitunter den Stolz auf das durch Arbeit geleistete und geschaffene. Arbeit entlasten, Vermögen und Ressourcen besteuern. Die Bürgerlichen und Liberalen nehmen zwar Leistung gerne im Mund, verteidigen aber doch nur ständische Privilegien und Besitzinteressen.

Anerkennung verläuft nicht nur über Geld, sondern auch im Symbolischen: Wer als Mensch ohne Lehrabschluss ständig zu hören bekommt, dass er sich fortbilden soll und in Zukunft kaum noch Lohnarbeit finden werde, der fühlt sich in seiner Existenz missachtet, gekränkt und beschämt. »Aus Scham wird Rache« (Neckel 2016), die sich bei den Resen-


LITERATUR

Geiselberger, Heinrich (2017): Die große Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit. Berlin: suhrkamp. | **Reimon, Michel; Zelechowski, Eva** (2017): Putins rechte Freunde. Wie Europas Populisten ihre Nationen verkaufen. Wien: falter. | **Neckel, Sighard** (2010): Refeudalisierung der Ökonomie. Zum Strukturwandel kapitalistischer Wirtschaft. Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung. MPIfG Working Paper 10/6. Köln. | **Neckel, Sighard** (2016): Aus Scham wird Rache. Der Populismus erobert das Terrain der Linken, in: Süddeutsche Zeitung, 22. November 2016, S. 11 | **Wehling, Elisabeth** (2016): Politisches Framing: Wie eine Nation sich ihr Denken einredet – und daraus Politik macht. Köln: Halem.

timents der Rechtsdemagogen umso mehr zu Hause fühlen kann: Hier kannst du sein, wie du bist. Es muss uns daher um Respekt, Wertschätzung und Authentizität gehen. Viele erleben Gesellschaft nur mehr als anstrengenden Ort von Wettbewerb, Ausbeutung und Geringschätzung. Wo in den 1970er-Jahren noch Aufstiegsversprechen Zukunft im Visier hatten, grassiert jetzt bis weit hinein in die Mittelschicht Abstiegsgänge und Ellbogentechnik. Gegenprogramm? Investitionen in Öffentlichkeit und öffentliches Eigentum, Schluss mit prekarierten Arbeits- und Wohnverhältnissen, Runter mit der Lohnarbeitszeit. Gegen weitverbreitete Ängste und Unsicherheiten hilft weder Aufrüsten noch Polizei, sondern unser Sozial- und Wohlfahrtsstaat, der als sicherer Rahmen den Raum für Begegnungen als freie und gleiche Menschen erst ermöglicht.

DAS POLITISCHE TERRAIN IST EUROPÄISCH

Es gilt also das Wohlstands- und Fortschrittsversprechen gegen die feudalen Verhältnisse neu zu formulieren, und zwar auf europäischer Ebene: Nachdem sich die öVP im ideologischen Fahrwasser Großbritanniens von ihrem Selbstverständnis als »Europapartei« verabschiedet hat (vgl. Konflikt zwischen Karas und Kurz), ist dieser Platz strategisch zu besetzen: Nicht durch Lobhudelei oder Unterwerfung unter die deutsche Export- und Austeritätspolitik, sondern durch den gemeinsamen Einsatz für eine Sozialunion, die ihre Wirtschaftspolitiken entlang sozialer Grundrechte organisiert und koordiniert. Es geht nicht um mehr oder weniger EU. Auch die liberale Gegenüberstellung in Pro- und Anti-Europäer ist falsch.

Es geht um Inhalte: Kampf gegen Lohn- und Steuerdumping, mehr öffentliche Investitionen und soziale Kohäsion. Nur dadurch kann der Internationale der Nationalisten das Wasser abgegraben werden. Darum wäre es auch schön, wenn in der nächsten Plan-A-Rede von Kanzler Kern neben Lisa, Erika und Rene auch László seinen Auftritt findet – als ungarischer Gewerkschafter, der für höhere Löhne und gegen das Orbán-Regime kämpft. Oder Dana aus Hernals, Tochter jugoslawischer ArbeitsmigrantInnen, die ein friedliches und solidarisches Europa will und hofft, dass ihre Kinder ihr Recht auf Arbeitnehmerfreizügigkeit einmal in Anspruch nehmen können, um ein gemeinsame, europäisches Selbstverständnis ausbilden zu können. Sie alle leisten, verdienen Anerkennung und haben ein Recht auf eine bessere Zukunft – und eine Bewegung, die diese mit ihnen organisiert. 

DANIEL LEHNER

ist parlamentarischer Mitarbeiter und im BSA Ottakring aktiv.



Alfons Schilling
Chicago Riot, Burning Car, 1970, Linsenrasterfotografie
Courtesy Fotosammlung OstLicht, © Nachlass Alfons Schilling

Neuwahlen nach Maß

Mit den vorgezogenen Unterhauswahlen in Großbritannien am 8. Juni bringt Premierministerin Theresa May die oppositionelle Labour Party in eine schwierige Lage. Parteichef Jeremy Corbyn muss gegen einen 20%-Rückstand, eigene Versäumnisse und die zahlreichen Heckenschützen aus seiner eigenen Fraktion ankämpfen. Ludwig Dvořák über die Perspektiven des bevorstehenden Wahlgangs.

Mit der Ankündigung von Parlamentswahlen, wenige Wochen nachdem sie vorgezogene Neuwahlen kategorisch ausgeschlossen hatte, hat Theresa May die Gunst der Stunde nutzen wollen: In den Umfragen liegen ihre Konservativen fast 20% vor der oppositionellen Labour Party.¹ Deren Parlamentsfraktion hadert seit anderthalb Jahren mit der überraschenden Mitgliederwahl Jeremy Corbyns zum Parteiführer und lässt keine Gelegenheit aus, den eigenen Parteichef öffentlich zu desavouieren. Als Corbyn seine oppositionelle Pflicht erfüllte, Neuwahlen als Chance zu begrüßen, um mit der Regierung abzurechnen, stand ein halbes Dutzend Labour-Abgeordneter sieben Wochen vor der Wahl Schlange, um dem eigenen Parteichef in den Medien die absurdesten Vorwürfe zu machen: Es sei falsch gewesen, Neuwahlen zu begrüßen, solange die Lage in Nordirland (!) so instabil sei bzw. solange May nicht bereit sei, Neuwahlen durch einen von den Konservativen mitgetragenen Misstrauensantrag gegen ihre Regierung herbeizuführen. Corbyns-Gegner John Woodcock versicherte zudem, er werde als Abgeordneter seinen Parteichef nie als Premierminister unterstützen.² Und Ex-Premierminister Tony Blair rief offen dazu auf, bei den Wahlen für konservative oder liberaldemokratische KandidatInnen zu stimmen, wenn diese hinsichtlich der Brexit-Verhandlungen »aufgeschlossen« seien.³

»VERNICHTET DIE SABOTEURE!«

Dieses Ansinnen ist doppelt bemerkenswert: Zum einen ist Theresa May das beste Beispiel dafür, wie opportunistisch und wortbrüchig die Konservativen beim Thema Brexit agieren. Selbst Teil der unterlegenen Remain-Kampagne, ist May zwischenzeitlich zur Speerspitze der »Hard-Brexiters« geworden, die auch den Binnenmarkt zu verlassen bereit sind. Zum an-

deren spielt Blair damit Mays Wahlkampfstrategie in die Hände, die mit einer national-chauvinistischen Brexit-Kampagne die bestehende Spaltung der Labour-WählerInnen vertiefen und die UKIP-WählerInnen für sich gewinnen will. »Vernichtet die Saboteure!« fasste die *Daily Mail* ungewollt offen⁴ die Wahlkampflinie der Premierministerin in einer Schlagzeile zusammen.⁵

WAHLKAMPF IM GOLFCLUB

Dabei ist das Rabaukentum des rechten Boulevards keineswegs der einzige Ausrutscher. Mays Wahlkampfstart fiel nach ihrer martialischen Neuwahlankündigung insgesamt etwas missglückt aus. Ihre Weigerung an einer TV-Konfrontation teilzunehmen zeugt nur bedingt von jener Führungsstärke, die sie als zweites Hauptthema dieser Wahl verstanden wissen will. Ihren ersten Wahlkampfauftritt absolvierte sie in einem elitären Golfclub mit ausgesuchtem Publikum, zu dem sie mit einem Hubschrauber anreiste und wo keine Fragen zugelassen waren – offenbar aus gutem Grund. Auf Journalistenfragen hin wick sie wenige Tage später in der Steuer- und Pensionspolitik anscheinend ungewollt von bisherigen zentralen Wahlversprechen ab.

SPALTPILZ BREXIT

Mays komfortabler Vorsprung beruht aber letztlich ohnehin nicht auf ihrer brillanten Performance, sondern darauf, dass Labour bislang keinen wirklichen Ausweg aus dem Brexit-Dilemma gefunden hat. Zwar haben 2/3 der Labour-WählerInnen für den Verbleib in der EU gestimmt, doch gerade in den traditionellen Hochburgen in Nordengland war das Brexit-Votum stark. In Kontinentaleuropa meinen viele Linke, Labour könne mit einer klaren Anti-Brexit-Botschaft die

48% Remain-WählerInnen einsammeln und es sei die euro-paskeptische Spinnerei Corbyns, die dieser einfachen Lösung im Wege stehe.

Doch tatsächlich droht die Brexit-Frage das für einen Wahlerfolg Labours unerlässliche Wahlbündnis urbaner Mittelschichten, migrantischer Communities und kleinstädtischer ArbeiterInnenschaft zu spalten: Die Tories nützen die Brexit-Frage, soziale und wirtschaftliche Fragen nationalistisch-chauvinistisch zu framen. Labours Botschaft, den Brexit wirtschaftlich und sozial so verträglich als möglich zu gestalten, hat es da schwer. Labours Parlamentsfraktion geht mit diesem Problem wie üblich um: Mit in sich widersprüchlichen Forderungen und medial ausgebreiteten Vorwürfen an Corbyn, diese nicht alle gleichzeitig umzusetzen. Während die einen verlangen, den Verbleib im Binnenmarkt zur Bedingung für einen Brexit zu machen, fordern die anderen (zum Teil aber auch die gleichen), »Härte« gegen Migration zu zeigen und die ArbeitnehmerInnenfreizügigkeit zu beenden – was mit dem Verbleib im Binnenmarkt nach allgemeiner Auffassung unvereinbar sein dürfte. Bei der Parlamentsabstimmung über die Einleitung der Austrittsverhandlungen sollte das Kunststück gelingen, das Ergebnis des Referendums zu respektieren und gleichzeitig den Brexit doch noch zu verhindern.

EIN AUFGEREGTER HÜHNERHAUFEN

Aber nicht nur in der Parlamentsfraktion, auch im weiteren UnterstützerInnenkreis Corbyns scheint sich der böse Spott zu bestätigen, dass 10 Linke oft 11 Meinungen vertreten können. Wie in einem aufgeregten Hühnerhaufen überschlagen sich KommentatorInnen seit über einem Jahr mit Befunden, dass Labour, wie viele sozialdemokratische Parteien Europas, in einem Dilemma stecke, um untaugliche bzw. widersprüchliche Ratschläge zu geben. Eine richtige Obsession haben manche Linke dabei für eine Änderung des Wahlrechts entwickelt. Ähnlich wie hierzulande hoffen sie, mit einer Änderung des Wahlrechts bestehende politische Probleme übertünchen zu können – wenn auch mit umgekehrten Vorzeichen. Wird hierzulande das Mehrheitswahlrecht als Stein der Weisen gepriesen, meinen britische Linke, das Proportionalwahlrecht könne Blinde wieder sehend machen. Der Wahlkampfbeginn lässt die VertreterInnen dieser Position wieder von einer »Progressive Alliance« gegen die Tories schwärmen, einem Bündnis von Labour, Liberaldemokraten, Grünen und der Schottischen Nationalpartei SNP. Dabei wird das Faktum ignoriert, dass gerade die Angriffe der Konservativen auf Ed Miliband, er plane eine Koalition mit der SNP, Labour 2015 in

England entscheidende Stimmanteile gekostet haben dürfte. Sicherlich ist es sinnvoll, in Wahlkreisen mit knappen Mehrheiten Absprachen zu treffen. Doch je lokaler das passiert und je weniger nationale Aufmerksamkeit das erregt, desto besser.⁶ Während manche das bedingungslose Grundeinkommen als Thema der Zukunft forcieren, meinen andere, man müsse stärker auf den englischen Patriotismus setzen, während dritte meinen, eine eindeutigere Anti-Brexit-Haltung müsse her. Währenddessen wird in der größten Gewerkschaft UNITE ein erbitterter Stellvertreterkrieg ausgefochten. Der gegen den amtierenden Generalsekretär, den Corbyn-nahen Len McCluskey, kandidierende Verbündete des Corbyn-feindlichen Stellvertretenden Parteivorsitzenden Tom Watson, ist in der Urabstimmung von UNITE dabei jedoch vorläufig unterlegen.

EIN SCHWACHER PARTEIFÜHRER?

Liegt das Problem nicht also letztlich doch (auch) an Jeremy Corbyns Schwächen als Führungsperson? Ja und Nein. Niemand kann ernsthaft bestreiten, dass Corbyn nicht zum Parteiführer geboren ist und völlig unvorbereitet von seinem Sieg 2015 überrascht wurde. Seither ist er den ununterbrochenen Anfeindungen des Parteiestablishments ausgesetzt, das umso erbitterter und zynischer ist, seit es beim Versuch, Corbyn zu stürzen, im Sommer 2016 vom Votum hunderttausender Mitglieder, die den Parteichef mit vergrößerter Mehrheit im Amt bestätigt haben, besiegt und gedemütigt wurde. Beides ist bis heute spürbar: Immer wieder streuen handwerkliche Fehler Sand ins Getriebe der Labour-Führung, gleichzeitig muss man sich gegen die ununterbrochenen Giftpfeile aus der eigenen Fraktion wappnen. Die Partei befindet sich in einem dauernden Zustand interner Mobilisierung und Gegenmobilisierung, um Kräfteverhältnisse im Apparat zu verändern bzw. umgekehrt zu stabilisieren.

Es ist kaum überraschend, dass ein Mann, der nicht nur von der gesamten Medienlandschaft, sondern auch vom Großteil der eigenen Fraktion angefeindet wird, in der breiten Öffentlichkeit keine besonderen Vertrauenswerte aufzuweisen hat. Dabei sind Corbyns Werte heute nicht einmal signifikant schlechter, als die Ed Milibands kurz vor den Wahlen 2015.⁷ Und gerade in den letzten Wochen machten der Oppositionsführer und die willigen Teile seines Schattenkabinetts eine anerkannt gute Figur.⁸ Bemerkenswert erscheint dabei nicht nur, dass die konkreten Politikvorschläge – vom Gratis-Schulessen über eine Anhebung des Mindestlohns bis hin zur Erhöhung des Spitzensteuersatzes klare Mehrheiten in der Bevölkerung finden. V.a. sticht hervor, dass, entgegen entspre-

chender Behauptungen, die Identifizierung der Person Corbyns mit diesen Vorschlägen keine negativen Auswirkungen auf die Zustimmungsraten hat.⁹

Gerade weil Corbyn nicht der geborene Parteichef ist, zeigt der Umstand, dass er zweimal in seinem Amt bestätigt wurde v.a. eines: Dass es weit und breit niemanden gibt, der geeigneter wäre, um die 2010 und 2015 bereits zweimal geschlagene Partei neu aufzustellen. Trotzdem ist es natürlich Corbyn und seinem Team anzulasten, dass zwei entscheidende Dinge unterlassen wurden: Zum einen weist der Journalist Owen Jones in der Sache berechtigt darauf hin, dass es bislang nicht gelungen ist, selbst die besten Einzelvorschläge in eine überzeugende Erzählung einer umfassenden Reformpolitik zu verpacken. Und zum anderen wurde verabsäumt die potenzielle Stärke einer Outsider-Figur zu nutzen, die bisher immer am Rande eines politischen Systems stand, wie es Bernie Sanders in den USA gekonnt in Szene gesetzt hat.


LET JUNE BE THE END OF MAY?

Inoffiziell wird genau das als Strategie für den anlaufenden Wahlkampf propagiert: Corbyn als untypischer Politiker, als mitfühlender Mensch mit Überzeugungen, der Mays Politik für die Eliten und das große Geld eine Politik für arbeitende Menschen, für ein starkes Gesundheitssystem und bessere Bildungschancen gegenüberstellt. Diese Konfrontation soll auch auf die Brexit-Frage übertragen werden: Mays Brexit für die Reichen gegenüber Corbyns Politik für die Vielen. Doch ob das in den wenigen Wochen bis zur Wahl verfängt, scheint fraglich.

Während große Teile der Partei damit beschäftigt sind, zu dokumentieren, warum eine allfällige Wahlniederlage die Schuld Corbyns war, vermittelt Corbyn zweckoptimistischen Siegeswillen. Auf die für ihn ungünstigen Wettquoten angesprochen, scherzte er zuletzt, dass eine Quote von 16:2 eine deutliche Verbesserung zu 200:1 sei, die noch bei seinem ersten Antreten zum Parteichef gewährt worden sind. Tatsächlich aber scheint angesichts des enormen Rückstands in den Umfragen selbst beim bestmöglichen Verlauf des Wahlkampfes kaum vorstellbar, dass Corbyn der Premierministerin wirklich gefährlich werden kann. Schon ein Unterbleiben des prognostizierten Erdrutschsieges der Konservativen wäre ein unerwarteter Erfolg

DER KAMPF UM DIE LABOUR PARTY

Wie bereits angedeutet, geht es bei dieser Wahl aber nicht nur um die Führung des Landes: Es ist auch der nächste Akt

im Kampf des Parteiestablishments gegen ihren ungeliebten Vorsitzenden. Viele in der Parlamentsfraktion setzen darauf, eine möglichst deutliche Niederlage Labours könne bewirken, womit sie zweimal gescheitert sind: Corbyn von der Parteiführung wegzubekommen, die Reihen wieder zu schließen und so weiterzumachen wie bisher. Dass es genau diese Politik war, die zuerst zu Labours Wahlniederlagen und dann zu Corbyns innerparteilichem Sieg geführt haben, blendet diese Gruppe gerne aus. Wie zuletzt in Frankreich scheint der rechte Parteiflügel auch bereit, an der Zertrümmerung der eigenen Partei mitzuwirken, wenn er sich innerparteilich nicht durchsetzen kann. Am 8. Juni wird daher nicht nur über die künftige britische Regierung, sondern auch über die Zukunft der britischen Labour Party abgestimmt. Für beides gibt es keinen Grund zur Euphorie. 

LUDWIG DVOŘÁK

ist gf. Chefredakteur der ZUKUNFT.

1. <http://www.telegraph.co.uk/news/0/uk-general-election-2017-poll-tracker-odds1/>
2. <https://www.theguardian.com/politics/2017/apr/18/it-could-be-disastrous-labour-mps-nervous-as-poll-countdown-starts>
3. <https://www.theguardian.com/politics/2017/apr/23/tony-blair-vote-tory-or-lib-dem-where-they-are-open-minded-on-brexit>
4. <https://www.thetimes.co.uk/article/pm-distances-herself-from-crush-the-saboteurs-claim-926noqhco>
5. <http://www.newstatesman.com/politics/uk/2017/04/crush-saboteurs-daily-mail-just-says-what-theresa-may-thinking>
6. <http://www.mirror.co.uk/news/politics/green-party-pulls-out-crucial-10281739>
7. <http://opinium.co.uk/political-polling-19th-april-2017/>
8. <http://www.mirror.co.uk/news/politics/finally-under-jeremy-corbyn-were-10234224>
9. <https://www.politicshome.com/news/uk/political-parties/labour-party/jeremy-corbyn/news/85102/poll-shows-public-support-jeremy>



Alfons Schilling
Selbstporträt als Briefmarke, c. 1968
© Nachlass Alfons Schilling





Alfons Schilling
The Falling Man, 1969
Linsenrasterfotografie, 4 Ansichten
© Nachlass Alfons Schilling

Islam, Sowjetistan & Lenins Zug

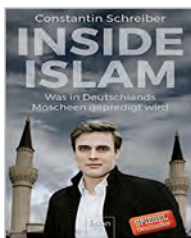


Anja Rützel
TRASH-TV

Gesuchte Schwiegertöchter, getauschte Frauen, Bauernbräute und Mega-Junggesellen (neudeutsch »Bachelor«) beglücken den Zuschauer mit einer Mischung aus Überlegenheitsgefühl und Fremdschämen. Gesehen haben will all das keiner,

Bescheid weiß jeder. Besonders Anja Rützel, die einen Blick hinter die Fassaden wirft, hinter die solcher Fernsehformate und hinter die ihrer Betrachter.

RECLAM, 100 Seiten, 10,30 Euro



Constantin Schreiber
INSIDE ISLAM

Constantin Schreiber hat sich auf die Suche gemacht und liefert den ersten deutschen Moschee-Report: Wo gibt es überall Moscheen und was predigen Imame beim Freitagsgebet? Wie wird

über Deutschland gesprochen, wenn keine Kamera dabei ist und man sich unbeobachtet fühlt? Schreiber recherchiert in einer für viele unverständlichen Realität, die Gesellschaft mitprägt.

ECON, 256 Seiten, 18,50 Euro



Erika Fatland
SOWJETISTAN

Aus dem Norwegischen von Ulrich Sonnenberg. Eine Reise durch die ehemaligen Sowjetrepubliken Zentralasiens: Turkmenistan, Kasachstan, Tadschikistan, Kirgisistan und Usbekistan. Was sie eint, ist eine große Zerrissenheit. Erika Fatland

erzählt von Samarkand und Dschingis Khan, von Brautraub und der Kunst der Adlerjagd, von korrupter Despoten, von marmornen Städten und riesigen Goldstatuen.

SUHRKAMP, 511 Seiten, 17,50 Euro



Catherine Merridale
LENINS ZUG

Aus dem Englischen von Bernd Rullkötter. Die britische Historikerin erzählt die Geschichte der berühmtesten Zugfahrt der Weltgeschichte, an deren Ende das Zarenreich unterging und die Sowjetunion entstand. Auf den Straßen St. Petersburgs marschieren die streikenden Fabrikarbeiter. Sie sind es, die Lenin schließlich jubelnd in einem Meer roter Fahnen in St. Petersburg empfangen.

S. FISCHER, 384 Seiten, 25,70 Euro



Primo Levi
SO WAR AUSCHWITZ

Ein Bericht über die hygienisch-medizinische Organisation von Auschwitz ist der Beginn von Levis Werk, das für ein Schreiben gegen das Vergessen und eine kritische Hinterfragung der Gegenwart steht. Neben diesem Bericht versammelt »So war Auschwitz« zum Großteil unver-

öffentlichte Artikel, Reden, Briefe und Zeugenaussagen und erschließt eine neue Dimension von Levis Werk.

CARL HANSER, 304 Seiten, 24,70 Euro



Edith Hall
DIE ALTEN GRIECHEN

Aus dem Englischen von Norbert Juraschitz. Die alten Griechen waren die Erfinder der Demokratie, Begründer der Philosophie, Schöpfer unsterblicher Mythen und Dramen – sie haben das Fundament unserer Zivilisation gelegt.

Doch was genau war das Erfolgsgeheimnis der griechischen Völker, was hat sie – über alle politischen und kulturellen Grenzen hinweg – angetrieben?

SIEDLER, 416 Seiten, 27,80 Euro

Fahnen, Kalkutta & auf der Flucht



Miroslav Krleža
DIE FAHNEN

Aus dem Kroatischen von Gero Fischer und Silvija Hinzmann. In seinem umfangreichsten Werk, dem fünfbändigen Roman »Die Fahnen« (Zastave), der in den Jahren 1912 bis 1922 spielt und jetzt

erstmals in einer deutschen Übersetzung vorliegt, zeichnet Miroslav Krleža ein Panorama von der geistesgeschichtlichen und politischen Situation Europas zu Beginn des 20. Jahrhunderts.

WIESER VERLAG, 2170 Seiten, 75,00 Euro

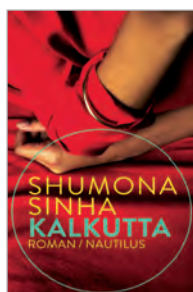


Arno Frank
SO, UND JETZT KOMMST DU

Aufregend, wenn die Eltern auf der Flucht vor der Polizei ihre Kinder mit-schleppen. Aber für die drei Geschwister verwandelt sich das Abenteuer bald in einen Albtraum. Ihre Odyssee führt sie quer durch Europa. Ein Roman wie ein

Roadmovie. Eine ebenso tragische wie komische Familiengeschichte über Vater, Mutter und drei Kinder aus der pfälzischen Provinz der Achtzigerjahre.

TROPEN, 352 Seiten, 22,70 Euro

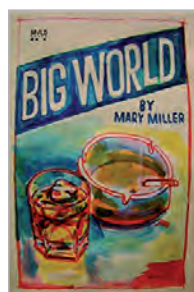


Shumona Sinha
KALKUTTA

Aus dem Französischen von Lena Müller. Shumona Sinha erzählt von einer Kindheit in Indien zwischen der Familien- und der politischen Geschichte. So entsteht die Vergangenheit mehrerer Generationen einer Familie wieder

auf, und damit auch die kollektive, politische Vergangenheit Westbengalens – von der britischen Kolonialzeit bis zur kommunistischen Regierung seit den späten 1970er Jahren.

EDITION NAUTILUS, 192 Seiten, 20,60 Euro



Mary Miller
BIG WORLD

Aus dem Amerikanischen von Alissa Walser. Was passiert, wenn man die Liebe immer beim Falschen sucht? Ein heruntergekommener Wohnwagen, ein Wasserfleck an der Zimmerdecke, ein Luftgewehr – es sind unscheinbare Dinge, die in

Mary Millers Erzählungen den Kern einer Geschichte enthüllen: die Sehnsucht nach einem anderen Leben, die Angst, dass es keine Zukunft gibt, Lieblosigkeit und Gewalt.

DTV, 192 Seiten, 20,60 Euro



Ulrike Edschmid
EIN MANN, DER FÄLLT

Sommer 1986. Berlin-Charlottenburg. Ein Mann steht auf der Leiter und streicht die Decke einer Altbauwohnung, in die er mit seiner Gefährtin einziehen will. Da verliert er das Gleichgewicht und stürzt. Der Kampf mit der Querschnittslähmung und die erzwungene Verlangsamung des Alltags müssen sich in einer Umgebung behaupten, die sich mit dem Mauerfall rasant verändert.

SUHRKAMP, 187 Seiten, 20,60 Euro



Katie Kitamura
TRENUNG

Aus dem Englischen von Kathrin Razum. Eine junge Frau reist im Auftrag ihrer Schwiegermutter nach Griechenland. Sie soll deren Sohn suchen. Die Schwiegermutter weiß nicht, dass das Paar längst getrennt lebt. In den steinigen, verbrannten Landschaften auf der Peloponnes geht die junge Frau den Spuren ihres Ex-Mannes nach. Sie beginnt Mutmaßungen anzustellen, die Vergangenheit zu hinterfragen.

CARL HANSER, 256 Seiten, 22,70 Euro

Keine Erbschaftssteuer ohne Konflikt mit den unsolidarischen Multimillionären

Vor zehn Jahren hat die Regierung Gusenbauer/Molterer das Auslaufen der Erbschafts- und Schenkungssteuer ermöglicht. Damals trat eine Initiative von 304 ÖkonomInnen gegen die Abschaffung der Erbschaftssteuer auf, 2013 engagierte sich eine breite Allianz an Sozial- und WirtschaftswissenschaftlerInnen für ihre Wiedereinführung. Auch politisch gab es mehrere Anläufe in diese Richtung, zuletzt im Zuge der Steuerreform 2015/16 – alle blieben ohne Erfolg.

Dies lag nicht an der Qualität der Argumente der ErbschaftssteuergegnerInnen: Erbschaften sind leicht zu erfassen und der steuerliche Verwaltungsaufwand ist gering; international konnte nie ein Unternehmen genannt werden, das wegen der Erbschaftssteuer nicht fortgeführt worden wäre; Mehrfachbesteuerung ist nicht bei der Erbschaftssteuer, sondern bestenfalls bei Verbrauchssteuern relevant.

In der öffentlichen Debatte spielte das Argument der Besteuerung innerhalb der Familie, die als unfair empfunden wird, eine wichtige Rolle. Ihm wurde im Plan A von Christian Kern mit einer Zweckbindung des Aufkommens der Erbschaftssteuer für den Ausbau professioneller Pflege, der Erhöhung des Pflegegeldes und der Abschaffung des Eigenregresses begegnet. Dabei handelt es sich um einen höchst sinnvollen Vorschlag, der verteilungspolitisch und finanziell erhebliches Potential hat. In den letzten zehn Jahren wären nach diesem Modell für das Pflegesystem kumuliert um 5 Milliarden Euro mehr Mittel zur Verfügung gestanden. Die steuerliche Belastung einer kleinen Zahl an vom Schicksal begünstigten Menschen hätte enorme sozialpolitische Verbesserungen für die breite Masse der Bevölkerung ermöglicht. Aufgrund des star-

ken Anstiegs der Erbvolumina würde sich das jährliche Aufkommen in den nächsten Jahren noch merklich erhöhen.

Die inhaltliche Auseinandersetzung mit den Argumenten der Gegenseite greift allerdings zu kurz. Diese sind vorgeschoben oder leicht zu entkräften. Als wirklich wirkungsmächtig hat sich in den letzten zehn Jahren nur ein Faktor herausgestellt: Die ökonomische, politische und mediale Macht der Multimillionäre. Die Arbeiten von Thomas Piketty und anderen haben gezeigt, wie stark die Erbschaften international auf eine ganz kleine Schicht an superreichen Haushalten konzentriert sind; in dieser Gesellschaftsschicht finden sich nur wenige Leute wie Warren Buffet oder Bill Gates, die meinen, die Reichen müssten einen Beitrag für die Gesellschaft leisten und deshalb unter anderem für eine Nachlasssteuer eintreten.

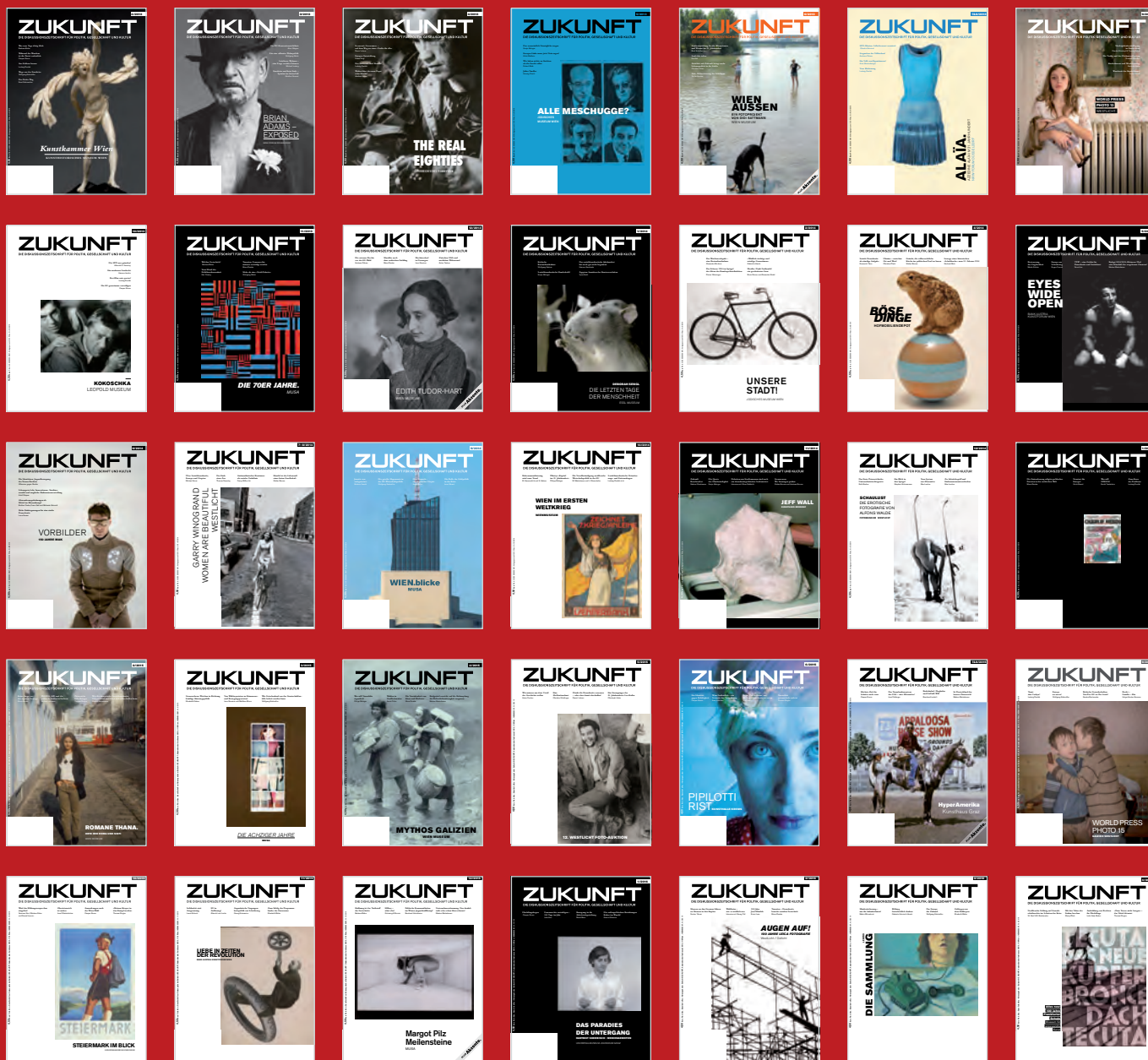
Die Erbschaftssteuer gehört wirtschafts-, sozial- und verteilungspolitisch zu den wichtigsten Steuern. Ihre Wiedereinführung ist so notwendig wie sinnvoll. Um sie zu erreichen, muss die Sozialdemokratie bereit sein, sich mit den wirtschaftlich Mächtigen anzulegen. Nur in der direkten Auseinandersetzung mit den unsolidarischen Multimillionären können das verteilungspolitische Profil geschärft und das Projekt Erbschaftssteuer nach zehnjährigem Ringen doch noch zum Erfolg geführt werden.

MARKUS MARTERBAUER

leitet die Wirtschaftswissenschaft in der AK Wien
und bloggt auf <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/>,

MARTIN SCHÜRZ

arbeitet als Ökonom und Psychotherapeut.



ZUKUNFT ABONNEMENT

Kupon ausschneiden
& einsenden an:

VA Verlag GmbH
Kaiser-Ebersdorferstraße 305/3
1110 Wien

Ich bestelle ein **ZUKUNFT**-Schnupperabo (3 Hefte) um 8,- Euro
 ein **ZUKUNFT**-Jahresabo (11 Hefte) um 44,- Euro

Name:

Straße:

Ort/PLZ:

Tel.:

E-Mail:

Unterschrift: